Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114. Sonnabend, den 17. Mai 1919. 26. Jahrg.

Was wird aus uns?

An den Anschlagsäulen verschiedener Städte ist eine Einladung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zu einer Protestversammlung angeschlagen: „Der Gewaltfriede — und was wird aus uns?" Diese Frage bezieht sich offenbar darauf, daß nach den Vorschriften des Friedensvertrages, wie ihn die Entente vorgelegt hat, die deutschen Kriegsbeschädigten verhungern müssen, da das Reich ihnen erst wieder Unterstützung zahlen darf, wenn es die Entschädigungsansprüche der Entente voll befriedigt hat. Die Frage der Kriegsbeschädigten, was aus uns nach der Annahme des Gewaltfriedens würde, gilt aber für das ganze deutsche Volk.

Selbst wenn es gelänge, in unwesentlichen Kleinigkeiten den Friedensvertrag zu ändern, müßte seine Annahme in den Hauptpunkten zu einer höchst unglücklichen Wirtschaftsgestaltung für Deutschland führen. Große Teile der deutschen Industrie blieben ohne Rohstoffe. Namentlich die Metallindustrie verliert 95 Prozent der Eisenerzvorräte, aus denen sie bisher gespeist wurde. Sie würde wie die Textilindustrie in Zukunft ganz von der unsicheren Zufuhr ausländischer Rohstoffe abhängig sein, und das würde natürlich bedeuten, daß diese Industrie und ihre Arbeiterschaft stark herabgedrückt und den Schwankungen des Weltmarktes ausgeliefert würde. Ganz unsicher ist die Zukunft all der Industrien, die koloniale Produkte verarbeiten, wie der Schokoladenindustrie, der Seifenindustrie, der Margarineindustrie usw. Millionen deutscher Industriearbeiter fänden keine Beschäftigung mehr und müßten auswandern oder verhungern.

Verhungern! Das Schicksal droht dem ganzen deutschen Volke. Ostpreußen, Westpreußen und Posen waren unsere besten Ueberschußbezirke. Jetzt sollen Westpreußen und Posen verlorengehen und Ostpreußen würde nach kurzer Zeit folgen müssen, weil es ohne jeden Zusammenhang mit dem Reiche bliebe. Die in Deutschland erzeugten Nahrungsmittel würden daher auch unter Friedensverhältnissen nicht entfernt mehr hinreichen, das deutsche Volk zu ernähren. Der Hunger wäre sein ständiger Begleiter.

Der Verlust weiter Gebiete würde deutsche Lehrer und Intellektuelle aller Grade aus den Randgebieten in das Innere des Reiches treiben, der Rückgang der deutschen Bevölkerungszahl sie in weitem Umfange überflüssig machen. Die notwendige Einschränkung der deutschen Industrie macht die höheren technischen Berufe aussichtslos. Dem Kaufmann ist durch den Versailler Vertrag der Weltmarkt nahezu verschlossen.

Die soziale Struktur des deutschen Volkes würde sich daher folgendermaßen gestalten: Deutschland würde im höchsten Maße proletarisiert, ein Proletarervolk durch und durch. Keine 10 Prozent der Gesamtbevölkerung mehr würden also selbständige Unternehmer größeren Stils als Akademiker, Beamte, Kaufleute, Techniker oder in sonstigen gehobenen Stellungen Unterkommen finden. In diesem proletarischen Volk wäre aber der Einfluß der Industriearbeiterschaft gering, deren Zahl ja tief unter das sänke, was früher ihr Anteil am Volksganzen war. Durch diese wirtschaftliche Umwälzung wird auch der staatliche Charakter Deutschlands vollkommen verändert werden. Schon in wenigen Jahren nach Annahme dieses Friedens würde die Arbeiterschaft jede Hoffnung auf maßgebenden Einfluß im Staate aufgeben müssen, während andererseits der proletarische Gesamtcharakter des Volkes höhere Aufwendungen für Bildung und allgemeine Kulturzwecke ausschlösse. Wer sich das Bild der deutschen Wirtschaft nach dem Gewaltfrieden einmal vor Augen geführt hat, dem muß es davor grauen. Der uns zugedachte Gewaltfriede wäre das Ende aller Aussicht der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Sozialismus, sogar der deutschen Sozialpolitik. Deshalb muß er mit allen Mitteln, die uns gegenwärtig zur Verfügung stehen, bis aufs Aeußerste bekämpft werden.

Zunehmende Protestbewegung in Frankreich.

Pariser Meldungen zufolge dauern die Streiks in Paris und den übrigen großen Städten Frankreichs trotz aller Maßnahmen der Behörden weiter fort. Am Dienstag haben in der französischen Hauptstadt große Kundgebungen der Streikenden stattgefunden, die durch Militär auseinandergetrieben wurden. Auch die Beamtenschaft wird mehr und mehr von der revolutionären Stimmung ergriffen. Bezeichnend dafür ist das Verhalten der Organisation der französischen Zollbeamten, die beschlossen hat, sich der allgemeinen französischen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen und die diesen Schritt durch eine Kundgebung für Jaurès geziert hat.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Einladung der deutschen Sozialisten an die alliierten Sozialisten, eine Delegation nach Deutschland zu senden, angenommen ist, Arthur Henderson, Albert und Mistral sind zu Mitgliedern dieser Delegation ernannt worden. Die Frage, ob sich die Delegation nach Deutschland begeben wird, hänge vollkommen von der Unterzeichnung des Friedens ab. Auch die amerikanische Arbeiterpartei in Neuyork hat Henderson eingeladen, Amerika zu besuchen. Henderson wird sich dorthin begeben, um die Verfassung, die Methoden und das Programm der britischen Arbeiterpartei zu erläutern.

Der aus Amsterdam zurückgekehrte Arbeitervertreter Jouhaux bespricht in der „Bataille" den Friedensentwurf und sagt: Kleinlicher Geist, Unverständnis internationaler Lage, imperialistische Grundzüge charakterisieren beim ersten Anblick den Friedensvertrag, wie er uns dargeboten wird. Er löst nichts auf, sondern verschlimmert die Lage.

Dieses scharfe Urteil des erprobten Führeres französischer Gewerkschaften ist umso bemerkenswerter, als dieselbe „Bataille" jüngst noch den Frieden als gerecht bezeichnete. Jouhaux wird den Sozialistenführern berichten können, wie man im neutralen Holland über Clemenceaus Werk urteilt.

„Populaire" hebt anläßlich der Ankunft der Deutschösterreicher in Saint-Germain die grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes hervor, durch die den Oesterreichern untersagt werden soll, sich Deutschland anzuschließen. Um diesen Anschluß zu verhindern, reiche Clemenceau die Hand dem christlichsozialen Weißkirchner und dem Fürsten Lichtenstein, den unmittelbarsten Schuldigen des Weltkrieges.

*

Foch am Rhein.

Marschall Foch ist Donnerstag vormittag nach dem Hauptquartier an der Rheinfront abgereist, um die sofortige Durchführung von Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, die im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zur Anwendung kommen sollen.

Marschall Foch wird keine Gelegenheit finden, seinen Ruhm zu vermehren. Was zwischen Deutschland und der Entente noch auszutragen ist, ist keine Angelegenheit der Generäle mehr, sondern eine Angelegenheit der Völker, keine Sache der Gewalt, sondern eine Sache des Rechts, und der Ausgang wird nach unserer Zuversicht dem größeren Vorgänger Fochs, dem General Bonaparte recht geben, der da sagte, daß zum Schluß Ideen immer stärker als Kanonen sind.

*

Eine Folge der Rantzauschen Note über das Arbeitergesetz.

„Daily News" berichtet aus Paris, die Note Rantzaus über das Arbeitergesetz habe eine interessante Folge gehabt. Wenn auch die Alliierten darauf geantwortet hätten, daß keine weitere Aktion notwendig erscheine, so sei doch daraufhin der Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten, und zwar auf Ersuchen des Rates der Vier, zusammengetreten, um zu erwägen, ob es nicht erwünscht wäre, **daß Deutschland als dauerndes Mitglied der geplanten internationalen Arbeiterorganisation beitritt.** Allgemein wird die Meinung geäußert, daß dies aus naheliegenden Gründen sehr erwünscht wäre, es jedoch deshalb schwierig sei, weil Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Daher halte man es für das beste, beide Fragen zugleich zu behandeln, wenn im Oktober der internationale Arbeiterrat und der Völkerbund in Washington zusammentrete. Es sei jedoch auch möglich, daß der Rat der Vier Deutschland auffordern wird, zugleich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles dem Völkerbunde beizutreten.

Deutschlands Not und das Ausland.

Der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, sendet, wie die „P. P. N." erfahren, folgenden Funkspruch an das arbeitende Volk: In dieser schweren Stunde, da die deutschen Arbeitermassen eine furchtbare Prüfung unter den Schlägen des siegreichen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihre brüderlichen Grüße und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeitersolidarität. Der Imperialismus der Ententeländer hat seine Gegner zu Boden geworfen und feiert jetzt sein Siegesfest, welches jedoch — wir bezweifeln es nicht — von kurzer Dauer sein wird. Der gegenwärtige Imperialismus trachtet danach, das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlich zu treffen, es vollkommen auszusaugen und es zu seinem ewigen Sklaven und Gefangenen zu machen. Unerhörte Knebelung, unerhörte Knechtschaft, das bedeutet für das deutsche werktätige Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von den entmenschten Siegern schamlos aufgezwungen wird. Reine Gewalt, Verbrechen durch und durch; das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entrissen, seine kostbarsten Naturschätze werden ihm genommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst, wenn das ganze deutsche Volk nach und nach ausschließlich für die Befriedigung seines Besiegers arbeitete, es dann noch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entwaffnet, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innerste seines Landes wird eingreifen können, um ihm die letzten Stöße zu versetzen. Tschitscherin weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit des jede Vernunft vergessenden Siegers allein ein Beweis ist, daß die Welt der Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Unterganges steht. Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden Weltrevolution das Pfand zur Befreiung Deutschlands ist.

Zum Friedensvertrag.

In der „Humanite" wird von Sembat wie von Cachin festgestellt, daß der Friedensvertrag im Wortlaut noch immer von der französischen Regierung geheim gehalten wird. Die Volksvertreter, welche berufen sind, dem Frieden zuzustimmen, sind auf Auszüge angewiesen, die Herr Tardieu verfaßt hat.

Clemenceau hat der deutschen Delegation eine Reihe von Berichtigungen zu dem Entwurf des Friedensvertrages mitgeteilt. Die meisten beziehen sich auf geringfügige Versehen oder Druckfehler. Eine dieser Berichtigungen bezieht sich auf die von uns nach der russischen Revolution vom November 1917 geschlossenen Verträge. Die zweite Berichtigung ändert die Bestimmungen, nach der die Alliierten die bereits geräumten Gebiete Deutschlands sofort wieder besetzen kann, wenn wir irgendwelche Bedingungen des Vertrages nicht einhalten, indem sie sagt, daß diese Wiederbesetzung eintritt, falls Deutschland sich weigert, eine Bedingung des Friedensvertrages einzuhalten.

Neue Noten werden dieser Tage seitens der deutschen Delegation an die Ententeregierungen abgehen, in der zu den Entscheidungen in der kolonialen Frage Stellung genommen wird. Deutschland fordert Aufklärung darüber, wie die Entente nach den Erfahrungen, die mit der deutschen Kolonialverwaltung gemacht wurden, und worüber einwandfreie Zeugnisse vorliegen, Deutschland jeden Anspruches auf kolonialen Besitz berauben will. Ebenso wird in wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere inbezug auf Handel und Schiffahrt, Einspruch erhoben.

Die englische Arbeiterpartei hat beschlossen, sich an der offiziellen Friedensfeier nicht zu beteiligen. Die Trade Council und die Gewerkschaften werden aufgefordert, es abzulehnen, zu den lokalen Festausschüssen Vertreter zu senden. Der Tag der Friedensfeier soll dazu benutzt werden, überall große Protestversammlungen der Arbeiter gegen die Friedensbedingungen abzuhalten, die ein Verrat an der Sache der Arbeiter seien.

Der Pazifist Philip Snowden schreibt: Der Vertrag sollte Briganten, Imperialisten und Militaristen befriedigen. Er ist der Todesstoß für die Hoffnungen jener, die da glaubten, daß mit dem Ende des Krieges Frieden kommen würde. Es ist kein Friedens-Vertrag, sondern eine neue Kriegserklärung. Er ist ein Verrat an der Demokratie und den Gefallenen und legt die wahren Ziele der Alliierten klar.

Aus verläßlicher Quelle wird den „P. P. N." mitgeteilt: Ein französischer Offizier, der Transportkommission der Armee Haller, der über beste Verbindungen verfügt (vier Jahre bei der Botschaft in Berlin, Schwiegersohn des kommandierenden Generals des 14. Armeekorps, Ordonnanzoffizier bei Foch) äußerte in vertraulichem Gespräche folgendes: Es wird unsererseits darauf hingearbeitet, daß auch das letzte Gold aus Deutschland herausgeholt werden muß. Die Bedingungen werden so angelegt, daß auch alles Gold, das sich noch bei Goldwarenhändlern befindet, herausgezogen wird und in unsere Hände kommt, ob die deutsche Regierung will oder nicht.

Nach dem Pariser Korrespondenten des „Corriere della Sera" haben im Viererrat nach längerer Auseinandersetzung die Forderungen Italiens den Sieg davongetragen, derzufolge die Vorschriften für die Abrüstung und Herabsetzung des Heeresstandes für alle aus dem Zerfall Oesterreichs hervorgegangenen Einzelstaaten dieselben sein werden, wie für Deutschland. Clemenceau wollte dies zunächst nur für Deutsch-Oesterreich gelten lassen, aber die entschiedene Unterstützung der italienischen Forderungen durch Wilson verhalf diesen schließlich doch zur einstimmigen Annahme.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber 2 Millionen Tote.

Das Ergebnis an Toten, Verwundeten und Gefangenen des Krieges liegt nunmehr bis zum 30. April vor. Es wurden gemeldet als tot 1 676 696, als vermißt, von denen neun Zehntel als tot betrachtet werden müssen, 573 770, sodaß ein Gesamtverlust an Toten von über 2 Millionen angenommen werden kann. Verwundet wurden gemeldet 4 207 028. In feindlicher Gefangenschaft schmachten noch 515 022. In dieser Zahl sind aber die Zivilgefangenen nicht einberechnet. Der Gesamtverlust beträgt 6 873 415 Mann.

Ein radikaler Beschluß der Berliner Arbeitslosen.

In Berlin tagte eine Anzahl Arbeitslosenversammlungen, welche eine Resolution annahmen, wonach es für unmöglich erklärt wird, bei den Preisen der Lebensmittelhaltung den finanziellen Verpflichtungen weiter nachkommen zu können. Die Mietezahlung müsse am 1. Juni eingestellt werden. Der Magistrat wurde ersucht, mit dem Arbeitslosenrat diese Situation zu regeln. Auf Unterstützung an Geld soll verzichtet werden, wenn der notwendige Bedarf an Lebensmitteln, Kleidung, Heizung, Beleuchtungsmitteln und Schulbüchern kostenfrei geliefert wird, sowie ein kleiner Geldbetrag für die persönlichen Ausgaben bezahlt wird. In einer weiteren Resolution wird erklärt, daß die Arbeitslosen sich weigern, auf dem Lande zu arbeiten, solange noch ein Noskegardist sich auf Kosten der Bevölkerung ein Faulenzerleben verschaffe.

Man wird zugeben müssen, schreibt das „Hamburger Echo“, dem wir uns anschließen, daß dieser Beschluß in seiner radikalen Originalität durchaus sympathisch wirkt. Das Berliner Vorgehen könnte dazu dienen, der Ernährungsfrage endlich einmal mit anderen Rezepten zu Leibe zu gehen, als sie die Herren Geheimräte ausarbeiten. Und die Verweigerung der Mietezahlung könnte weiter dazu angetan sein, die Kommunalisierung des Wohnbodens in ein ernsthaftes Tempo zu bringen.

Die sozialistische Einigung auf der Mitte.

In einem Schreiben an den Vorstand der S. P. D. der Arbeiterräte Groß-Berlins erklärt Kautsky, er wäre für eine Einigung mit den Kommunisten nicht zu haben, könnte sich aber auch mit Noske schwer einigen. Die Hauptaufgabe sei, die Rechte der U. S. P. und die Linke der S. P. D. wieder zusammenzubringen, die dann auch wieder die Massen um sich scharen würden. Die äußerste Rechte wie die äußerste Linke würden dann auf die Kritik beschränkt bleiben, wie es zur Zeit der einigen Partei der Fall war.

Die Zentralstelle der Einigung der Sozialdemokratie beabsichtigt, am 21. und 23. Juni einen deutschen Sozialistentag in Berlin abzuhalten.

Dem ausgezeichneten und ehrenwerten Manne Friedrich Ebert

übersendet Papst Benediktus XV. Gruß und Heil. Wir erhielten Deinen Brief, in dem Du in Deiner Liebenswürdigkeit uns benachrichtigst, daß Du am 10. Februar in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches erwählt wurdest usw. — Mit dieser, im römischen Pontifikat üblichen Redefloskel hat der Herrscher der Christenheit die rein förmliche Anzeige der Amtsübernahme beantwortet. Wir verzeichnen diese Nachricht nur ihres eigenartigen Aufbaues wegen. Politische Bedeutung kommt ihr nicht zu.

Gegen die Knebelung der Presse im besetzten Gebiet

durch britische Behörden wurde seitens der Waffenstillstandskommission in Spaa Protest erhoben. So ist der deutschen Presse verboten worden, Kritiken des Friedensvertrages zu veröffentlichen; es ist ihr weiter untersagt, die Versailler Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau in vollem Wortlaute abzudrucken. Die Zeitungen durften nur Auszüge aus ihr bringen, die einen vollkommen falschen Sinn ergaben. Ebenso durften die Reden Eberts und des Ministerpräsidenten Scheidemann in der gleichen Angelegenheit nur im Auszug gebracht werden.

Bureaukraten-Streiche.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, wurde am Tage des Urteils der Witwe Karl Liebknechts die Aufforderung zugestellt, 137,70 Mk. Kosten für den Aufenthalt Karl Liebknechts im Zuchthaus binnen einer Woche bei Vermeidung der Pfändung zu zahlen. Mehr Verständnis für die neue Zeit haben also die alten Bureaukraten noch nicht gewonnen. Oder wollten sie extra provozierend wirken?

Unabhängige für Ablehnung des Friedensvertrages.

In einer Volksversammlung in Goldap, an der Männer und Frauen aller Parteien teilnahmen, wurde die Regierung aufgefordert, daß sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigere. Ein Telegramm, das in diesem Sinne an den Reichspräsidenten gerichtet wurde, trägt auch die Unterschrift des Vorsitzenden der Ortsgruppe Goldap der unabhängigen Sozialdemokratie, Brockmann. Hieraus geht hervor, daß der ostpreußische Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie, Hugo Haase, wegen seiner Haltung in der Friedensfrage in seinen eigenen Reihen Widerspruch findet.

Auch die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie in Bernburg haben in einer Kundgebung, die ebenfalls an den Reichspräsidenten gerichtet war, erklärt, daß sie mit dem ganzen Volke in dieser schweren Zeit brüderlich zusammenstehen wollen.

Die Säuberung der preußischen Verwaltung.

Allmählich wird doch aufgeräumt. Wie wir dem Stettiner „Volksboten“ entnehmen, sind in Pommern die Landräte v. Eisenhart-Rothe in Bublitz, v. Hertzberg in Neustettin, von der Marwitz in Stolp und v. Gerlach in Kolberg in diesen letzten Wochen einstweilig in den Ruhestand versetzt worden. Ihre Nachfolger sind Männer, die im Geiste der neuen Zeit zu arbeiten gewillt sind. Es wird Licht, sogar in den pommerschen Landratsstuben.

Schutz gegen den Terror.

Nach vorläufig unverbürgten Pressemeldungen bereitet die Reichsregierung ein Gesetz vor, durch das schwere Strafe jedem angedroht wird, der zum Boykott der Freiwilligenverbände auffordert.

Die Freiheit muß aber auch gegen die deutschnationalen Terroristen geschützt werden. Eine Studentenversammlung der Technischen Hochschule Charlottenburg hat beschlossen, die Universität zu schließen, damit die Studenten sämtlich in die Freiwilligenverbände eintreten. Zugleich ist die Erklärung abgegeben worden, daß diejenigen Studenten, die nicht zu den Freiwilligenverbänden gehen, nicht zum Zwischensemester zugelassen werden sollen, sodaß sie einfach ein halbes Jahr Studienzeit verlieren. Auch wenn sie inzwischen praktisch arbeiten, soll es ihnen nicht angerechnet werden.

Dieser Beschluß geht weit über alle erlaubten Grenzen. Kriegsbeschädigte, die jahrelang draußen ihre Pflicht getan haben, und jetzt studieren wollen, werden für ihre körperliche Behinderung bestraft. Gegner der Freiwilligenverbände, die aus ehrlicher Ueberzeugung nicht in diese hineingehen wollen, werden um ein halbes Jahr ihres Lebens gebracht. Der Gedanke der Freiwilligenwerbung wird durch solchen Zwang in sein Gegenteil verkehrt. Wir sind der Meinung, daß gegen solche Ausschreitungen das Kultusministerium eingreifen sollte; denn wir verwerfen den Terror von rechts und links.

Bitte mehr Scham!

Die „deutsche Burschenschaft“ hat an die Nationalversammlung eine Protestkundgebung gegen den Frieden der Entente gerichtet, die mit den Worten endet:

> Sollte aber der Friede eines habgierigen Hasses dennoch zur Wirklichkeit werden, so würde er in unserer Seele und in der Seele unseres Nachwuchses nur Raum übrig lassen für ein leidenschaftliches Vorherrschen dreier Gefühle:

Scham, Rachsucht und Haß.

Wenn die farbentragende Studentenschaft, die während des Krieges ganz im alldeutschen Fahrwasser segelte, sich schämen will, daß sie einst Aehnliches gewollt hat wie unsere Feinde jetzt tun, so ist dagegen nichts einzuwenden. Ebenso darf sie sich schämen, daß sie niedrige Gefühle wie Rachsucht und Haß propagieren will. Für „Gebildete“ in der Tat beschämend.

Eintägiger Proteststreik gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß.

Die Arbeiter von 223 größeren Berliner Fabriken sind gestern zum Zeichen des Protestes gegen das Urteil im Prozeß Liebknecht in einen eintägigen Streik getreten. Sie fordern Revision des Urteils durch ein Revolutionsgericht. Von irgend welchen Garantien für eine Rechtsprechung ist dabei nicht die Rede.

Leipzig unter dem Standrecht.

General Merker in Leipzig hat das Erscheinen der „Leipziger Volkszeitung“ unter Vorzensur gestattet. Es soll auf der ersten Seite die Standrechtsverfügung und eine Erklärung der Redaktion abgedruckt werden, wonach die Redaktion den gegenwärtigen Zustand als rechtsgültige Maßnahme der Reichs- und Landesregierung und die militärischen Maßnahmen als im Interesse der öffentlichen Sicherheit gelegen anerkennt und sich damit einverstanden erklärt, daß alle zukünftig erfolgenden Wahlen auf rein demokratischer Grundlage ausgeschrieben und durchgeführt werden. Wie die „Freiheit“ unter heftigstem Protest gegen ein solches Vorgehen ankündigt, werden diese Bedingungen nicht erfüllt werden.

Oesterreich.

Betriebsräte. Die Nationalversammlung nahm in allen Lesungen die Gesetzentwürfe über Mindestruhezeit, Ladenschluß, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und anderen Betrieben, sowie über die Errichtung von Betriebsräten an. Das letztere Gesetz bezieht sich auch auf industrielle Nebenbetriebe der Landwirtschaft und auf die forstwirtschaftlichen Betriebe, jedoch nicht auf die landwirtschaftlichen Betriebe, für die die Schaffung ähnlicher Einrichtungen durch besondere Gesetze vorbehalten bleibt.

Ungarn.

Eine demokratische Gegenregierung. Die Blätter melden aus Arad, daß sich dort am 5. Mai unter dem Präsidium des Vetters Michael Karolyis, des Grafen Julius Karolyi, welcher bisher politisch nicht hervorgetreten ist, eine Gegenregierung bildete. Das Portefeuille des Ministeriums des Aeußeren übernahm der frühere Generalkonsul Baron Julius Bernomissa. Die übrigen Portefeuilles übernahmen Arader Persönlichkeiten. In einem Manifest der neuen Regierung bezeichnet diese es als die Hauptaufgabe, die durch den Bolschewismus angerichteten Schäden gutzumachen und eine Herrschaft von Recht und Ordnung wiederherzustellen. Das Kabinett bezeichnet sich selbst als ein Uebergangskabinett, das nur so lange im Amte bleiben wolle, bis eine aus den Vertretern aller Länder hervorgegangene Regierung gebildet sein werde. In dem Manifest wird schließlich betont, daß die Entente sowohl über die Konstituierung der neuen Regierung, als über die vorbereitenden Arbeiten dazu verständigt wurde.

Frankreich.

Beschuldigungen gegen Joffre. „Oeuvre“ zufolge hat sich Marschall Joffre vor dem parlamentarischen Ausschuß über so schwerwiegende Vorkommnisse zu verantworten, daß das Blatt sich fragt, ob nicht der Anschluß hieran seine Versetzung in den Anklagezustand zur Folge hat. Das Blatt wirft dem Marschall besonders vor, ein Telegramm unterzeichnet zu haben, wodurch Rumänien gezwungen wurde, im ungünstigen Augenblick in den Krieg einzutreten. — Frankreich kann sich unmöglich als Sieger fühlen, wenn es nach dem Kriege zu solchen Prozessen kommt. Es hat auch nicht gesiegt und es soll durch Clemenceaus Friedensdiktat nur in den falschen Glauben versetzt werden, Sieger zu sein. Kommt Joffre auf die Anklagebank, so gehört Clemenceau vor allem auch dazu.

England.

Mehr Freiheit für Aegypten. Im Oberhaus gab gestern im Lauf der Debatte über Aegypten Lord Curzon die Erklärung ab, daß die britische Regierung eine Kommission unter Lord Milner nach Aegypten senden werde, um über die Lage zu berichten und eine Regierungsform zu empfehlen, die er für die geeignetste halten wird, um das fortschreitende Gedeihen Aegyptens und die Entwicklung von Selbstverwaltungs-Einrichtungen zu sichern. Curzon erklärte, die Regierung hege den Wunsch, daß die Aegypter in größerem Maße an der Regierung ihres Landes teilnehmen.

Kleine politischen Nachrichten.

Der Rat der auswärtigen Minister in Paris wies das Ersuchen der polnischen Regierung, um Zuweisung eines Teiles der deutschen Handelsflotte ab.

Die römischen Zeitungsverleger haben beschlossen, an einem bestimmten Tage in ganz Italien die Ausgabe der Zeitungen einzustellen, wenn die Uebergriffe der Zensur nicht sofort aufhören.

Der amerikanische Kriegsminister Baker kündigt die Aufhebung der Wehrpflicht an.

Der Zentralrat hat sich entschlossen, der Anregung des Berliner Vollzugsrates auf Einberufung einer Rätekonferenz nicht stattzugeben, weil die auswärtige Politik Sache der Nationalversammlung ist, ein Rätekongreß auch zu spät kommen würde.

In den Gewässern von Memel kreuzt seit einiger Zeit eine englische Flotte. Ihr Erscheinen hat große Aufregung hervorgerufen, da man befürchtet, daß sie bestimmt ist, Memel in den nächsten Tagen zu besetzen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 17. Mai.

Auf ein 25jähriges Bestehen kann jetzt die Lübecker Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter zurückblicken. Sie trat am 20. Mai 1894 als Zweig der Zentralkasse der Tischler ins Leben. Als eingeschriebene Hilfskasse zählte sie in der ersten Zeit ihres Daseins etwa 1500 bis 1600 Mitglieder. Auch nachdem später infolge reichsgesetzlicher Bestimmungen die Umwandlung der bisher als Ersatzkasse geltenden Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter in eine Zuschußkasse erforderlich wurde, bewahrten ihr die meisten Mitglieder die Treue. Heute gehören ihr etwa 3500 Personen an. In den 25 Jahren ihres Bestehens hat die Kasse ihre Aufgaben nach besten Kräften erfüllt und sehr segensreich gewirkt. Nun feiert sie am morgigen Sonntag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses silbernes Jubiläum. Der Zeit entsprechend in einfacher, aber hoffentlich deshalb die Teilnehmer nicht weniger befriedigender Weise. In einer Festrede wird die Entwicklung und Bedeutung des Jubilarin geschildert werden; ein Ball bildet den ausgedehnteren Teil des Programms. Mitglieder und Freunde der Kasse werden sicherlich in großer Zahl erscheinen.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Freitag im Fünfhausen beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem kommenden Parteitag. Genosse Dreyer wies auf die Wichtigkeit dieses Parteitages hin und behandelte kurz einige Anträge, die bereits gestellt wurden und die er selbst dazu stellte. Er forderte insbesondere, daß der Parteitag nichts unterlasse, was der Einigung der Arbeiterschaft dienen könne. Das sei in Anbetracht der gegenrevolutionären Tendenz unbedingt notwendig. Genosse Bromme behandelte den Ausbau unserer Organisation und die neue Organisationsform wie sie sich aus dem Entwurf ergibt. Es sollen in Zukunft auch in staatlichen und industriellen Betrieben Vertrauensmänner der Partei und Gewerkschaften wirken. Wichtig sei die Regelung der Finanzverhältnisse, da die Parteikasse außerordentlich in Anspruch genommen ist. Ausbau der Organisation, Wiedervereinigung des Proletariats und Ausbau der Presse und Bildungsbestrebungen sind die wichtigsten Aufgaben des Parteitages. Die Parteipresse habe in den letzten Monaten einen großen Aufschwung genommen. Leider konnte sie wegen des Papiermangels sich nicht im notwendigen Maße auswirken, um noch weitere Volksmassen heranzuziehen. Der In- und Auslandspressedienst müsse und werde so ausgestaltet, um das Monopol der bürgerlichen Presse zu überwinden. Zur Wiedervereinigung des Proletariats erklärte Genosse Bromme, ihre Grundlage müsse die Anerkennung der Demokratie sein. Der Gewaltfriede zeige mit aller Deutlichkeit, daß es dem Ententekapitalismus in erster Linie auf die Vernichtung des in Deutschland aufkommenden Sozialismus zu tun sei, deshalb sei es zu begrüßen, wenn in Weimar ein Schritt zur Einigung versucht werde. Allerdings müsse sich auch in der U. S. P. die Erkenntnis Bahn brechen, daß man gemeinsam am Aufbau arbeiten müsse. Genosse Stelling tritt gleichfalls für eine Einigung ein, glaubt aber kaum, daß nach dem Programm der U. S. P. jetzt eine solche möglich ist. Die Entwicklung der U. S. P. dränge zur Entscheidung, ob sie sich auf dem Boden der Demokratie stellen will oder zum Spartakismus übergehe. Bis heute sei die Kampfesweise unserer proletarischen Gegner nicht zur Einigung angetan. Sie verlangen nach wie vor, daß wir unsere Grundsätze verleugnen sollen, daß unsere führenden Genossen auch in der Regierung verschwinden. An dieser Debatte beteiligten sich u. a. noch die Genossen Lange, Hermann und Haut, welch letzterer auf die bereits in einigen Betrieben eingesetzte Terrorisierung unserer Mitglieder durch die U. S. P. aufmerksam machte. Ehe nicht ein sachlicher Meinungskampf einsetze, kann keine Grundlage zur Einigung kommen. Genosse Freiherr wünscht mehr Aufklärungsarbeit auf den Arbeitsplätzen. Genosse Salamon wandte sich gegen die Schablonisierung der Parteipresse und verlangte mehr eigene Arbeit der Redakteure. Ferner kritisiert er die hurrapatriotische Rede Fehrenbachs, die die

---

Wälder.

Kennst du den Zauber einer frühen Morgenstunde in den Wäldern? Kennst du die Schönheit dunkler, schlank aufstrebender Kiefern? Kennst du die Wunder der jungen, zarten Birken, die sich im Winde wiegen und neigen?

Lang ausgestreckt im Grase liege ich. Ueber mir wölbt sich ein stahlblauer Himmel. Weiße Wolken ziehen dahin. Die Sonne lächelt, sacht an die Kiefernstämme angelehnt. Sie beladet mit warmen, goldenen Fingern die zartgrünen Blätter der Buchen und Birken. Vogelsang plaudert in allen Zweigen. Wie es singt und jubelt und jauchzt! Froh und heiter wird meine Seele. Sie grüßt, von Hoffnung erfüllt, den aufsteigenden Tag . . .

Die Menschen müßten ganze Zeiten in Wäldern verbringen können. Sie müßten zusammenleben mit der jungen Natur. Es ist Frieden in ihr. Vielleicht würden sie Streit und Hader und Mißgunst vergessen. Vielleicht würden sie besser werden und die Zwecklosigkeit des Zankes und Neides einsehen. Ach sage mir, mein Freund, warum sind die Menschen nicht gut zueinander . . .

Wenn ich durch die Wälder streife, vergesse ich, daß es Niedertracht und Neid, Haß und Hämlichkeit gibt auf Erden. Das alles rückt in so weite, weite Ferne . . .

Lockt es dich nicht, mein Freund, in die Wälder zu wandern, den Vögeln zu lauschen und den leise fächelnden Winden? Die flüsternden Blätter der Bäume raunen friedliche Märchen von Frieden und Freude und Glück. Lachende Sonne soll uns grüßen und ihre weißen Strahlen wollen wir trinken. Sie macht unsere Seelen leicht und frei und heiter und läßt sie fliegen . . . weit . . . weit . . .

Und kranken Menschen deinen Weg, die krank sind an der Seele — führe sie in die Wälder. In ihrer Ruhe finden sie Ruhe, ihr Friede gibt ihnen Frieden. In den Wäldern werden sie genesen.

Ich.

Die Ehre hat mich nie gesucht;
Sie hätte mich auch nie gefunden.
Wäßt man, in zugezählten Stunden,
Ein prächtig Feierkleid zur Flucht?

Auch Schätze hab ich nie begehrt.
Was hilft es, sie auf kurzen Wegen
Für Diebe mehr als sich zu hegen,
Wo man das Wenige verzehrt? —

Wie lange währt's, so bin ich hin
Und einer Nachwelt unter Füßen.
Was braucht sie, wen sie tritt, zu wissen?
Weiß ich nur, wer ich bin!

Lessing.

Die Propeller-Eisenbahn.

In Versailles arbeitet man an der Vernichtung des deutschen Volkes. Die Entente legt uns Bedingungen von beispielloser Härte vor, die das deutsche Wirtschaftsleben erdrosseln, Kraft und Geist unseres Volkes dauernd lähmen sollen. Das ganze Volk bäumt sich hiergegen auf und zu derselben Zeit, in der man mit nicht zu überbietender Grausamkeit der deutschen Kultur den Todesstoß versetzen will, regt sich aufs neue deutsche Schaffenskraft und deutscher Erfindergeist, um der Kulturentwicklung neue Bahnen zu weisen.

Es ist jedenfalls eine gute Absicht, daß man, wenigstens im neuen Deutschland, jene Kräfte, die bisher vorzugsweise dem Militarismus dienten, nunmehr für wirkliche Kulturaufgaben nutzbar machen will. Wie das geschehen kann, zeigt unter mancherlei Beispielen und Plänen die Verwendung von Fliegermotoren im Eisenbahnverkehr. Der erste Eisenbahnwagen, ausgerüstet mit zwei solcher Fliegermotore und mit mächtigen Propellern versehen, wurde am 11. Mai in Berlin zu einer größeren Probefahrt angesetzt. Es handelte sich um einen Versuch, von dem man sagen kann, daß er gelungen ist und eine günstige Weiterentwicklung erwarten läßt.

Unter Leitung des Erfinders Dr. Steinitz setzte sich der Propellerwagen mit den geladenen Gästen (Regierungsvertretern, Mitgliedern der Nationalversammlung, Eisenbahnfachmännern usw.) vom Bahnhof Grunewald in Bewegung und durchfuhr in der üblichen Personenzugsgeschwindigkeit die Strecke bis Beelitz. Das Knattern der Motore und das Surren der Propeller lenkte die Aufmerksamkeit der zahlreichen Passanten auf das ungewöhnliche Fahrzeug, und auf den verschiedenen Stationen gab es zahlreiche erstaunte Gesichter.

Daß die unter dem bisherigen Verkehrssystem alt und grau gewordenen Eisenbahnbureaukraten der neuen Erfindung wenig Sympathie entgegenbringen, ist menschlich begreiflich, in dem jetzigen Stadium der Erfindung vielleicht auch nicht ganz unberechtigt. In der Tat läßt sich auch über die weitere Entwicklung der Propeller-Eisenbahn noch kein klares Bild gewinnen. Sollte aber, was durchaus zu erwarten ist, eine weitere Vervollkommnung dieser neuen Erfindung herbeigeführt werden können, so wäre das für unser sehr darniederliegendes Verkehrswesen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Parteipresse unterschlagen habe. Auch Genosse Schramm wandte sich gegen den Inhalt unserer Presse. Genosse Dr. Brehmer wünschte Klarheit über Deutschlands Schuld am Kriege und forderte Sozialisierung des Grund und Bodens, um der wüsten Grundstücksspekulation ein Ende zu machen, die stets zum Schaden der Allgemeinheit gewirkt habe. Auf die in der Debatte vorgebrachten Einwände gingen die Genossen Stelling und Dreger näher ein. Stelling gab Winke, wie wir unserer Presse und mit ihr unserer Sache am besten dienen können, und Gen. Dreger betonte, daß ihm beim Streit um die Taktik die Sache über der Form stehe. Von den bürgerlichen Demokraten, deren Annäherung von einem Redner empfohlen wurde, trenne uns eine viel größere Kluft, als von den linksradikalen Klassengenossen. Eine Aussprache fand noch über die unleidlichen Verhältnisse im Gewerkschaftshaus statt, durch die wir gezwungen sind, teure Lokale zu mieten, während die U. S. P. und die Kommunisten in unserm eigenen Heim tagen können. Dem Vorstand wurde Auftrag erteilt, hier eine Aenderung zu schaffen. Genosse Warnke forderte die Bürgerschaftsfraktion auf, für einheitliche Lehrmittel einzutreten, um eine Verbilligung herbeizuführen, da die Gebrauchsartikel für Schulkinder sich gewaltig verteuerten. Für die Sicherheitswehr und deren Tätigkeit im Volksinteresse verwandte sich Genosse Schröder, der über die Auffindung eines großen Hamsterlagers in der Hansameierei berichtete. Als Kandidaten zum Parteitag wurden vom Vorstand die Genossen Dreger und Bromme, von der Versammlung die Genossen Hermann und Heinrich Puls nominiert. Die Angelegenheit der Jugendbewegung wurde einer gemeinsamen Kommission überwiesen, die aus Vertretern des Parteivorstandes, der Kartellkommission, des Bezirksjugendausschusses und der Jugendlichen bestehen soll. Zum Parteitag wurden folgende Anträge angenommen:

Die Lübecker Parteiorganisation stellt hiermit folgen Anträge zum Patreitag:

Zu § 4 des Entwurfes des Organisationsstatutes:

Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt pro Woche 10 Pfennig.

Zu § 6, Absatz 1:

Keinem Bezirk stehen mehr als 10 Delegierte zu. Es können gewählt werden:

in Bezirken bis zu	10 000	Mitgliedern	3	Delegierte
„ „ „ „	13 000	„	4	„
„ „ „ „	17 000	„	5	„
„ „ „ „	22 000	„	6	„
„ „ „ „	28 000	„	7	„
„ „ „ „	35 000	„	8	„
„ „ „ „	45 000	„	9	„
„ „ über	45 000	„	10	„

Zu § 15 statt „klagbares" zu setzen „keinerlei Recht".

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, so bald als möglich unsere früher bestandenen Bildungsinstitute (Parteischule, Wanderkurse) wieder ins Leben zu rufen und für den Ausbau dieser Einrichtungen Sorge zu tragen.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Einsetzung einer Kommission zu bewirken, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern unserer Partei und der U. S. P. besteht.

Die Aufgabe dieser Kommission soll sein, eine Grundlage zu finden, auf der sich die Arbeiterklasse Deutschlands wieder zusammenfinden kann.

Abgelehnt wurde ein Antrag Salamon, an die Parteikasse von den Ueberschüssen der Parteigeschäfte nur 10 Proz. zu überweisen.

Genosse Lange hatte eine Anzahl redaktionelle Abänderungsvorschläge eingebracht, die den Delegierten mit auf den Weg gegeben werden.

Erst nach 11 Uhr schloß Genosse G. Ehlers die nur schwach besuchte Versammlung.

In einer Versammlung der Unabhängigen, die gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, sprach Herr Bergmann aus Hamburg über „Krieg oder Frieden". Es waren nicht nur Unabhängige, sondern auch Kommunisten erschienen. Angenommen wurde eine Entschließung, die die Annahme des imperialistischen Friedensvorschlages fordert, da er nach deutschem Muster in Brest-Litowsk sein Vorbild fand. Es müsse versucht werden, einen Gewaltfrieden zu hintertreiben, der das Proletariat zu Sklaven mache. Eine Ablehnung des Friedensvertrages verlängere die Hungerblockade und hintertreibt die Freilassung der Kriegsgefangenen. Der Versailler Friede werde von gleicher Dauer sein, wie der von Brest-Litowsk. Alle Hoffnung richte sich auf die internationale Weltrevolution. — Nicht alle Unabhängigen sind für die Annahme dieses Friedens. Es gibt Orte, wo sie mit uns gemeinsam gegen die Annahme gestimmt haben. Der Führer der Unabhängigen, Haase, lehnt für seine Partei die Unterzeichnung des Friedensvertrages ab. Er fordert aber, daß andere unterschreiben sollen. Das ist allerdings eine eigenartige, bequeme Politik, wenn man anderen das zuschiebt, was man selber nicht machen will. Politik will man treiben, aber keine verantwortliche. Verbessert werden die Friedensbedingungen nicht, wenn ein Teil der deutschen Arbeiter, mögen es auch nur wenige sein, für die Annahme eintritt. Das deutsche Volk wird dadurch nur geschädigt.

Dänische Kartoffeln. Der Bestand an deutschen Inlandskartoffeln ist zum großen Teil erschöpft. Er gelangen nur noch ganz geringe Mengen nach Lübeck, die auch für eine Wochenkopfmenge von 3 Pfund bei weitem nicht ausreichen und im wesentlichen nur den Bedarf der öffentlichen Küchen zu decken vermögen. Zur Verteilung gelangen daher jetzt fast nur noch dänische Kartoffeln, die Lübeck durch Vermittlung der Reichskartoffelstelle aus Dänemark erhält. Mit deren Hilfe kann die Wochenkopfmenge bis auf weiteres wieder auf fünf Pfund erhöht werden. Bedauerlicherweise stellt sich der Preis infolge des ungünstigen Standes der Valuta außerordentlich hoch. Er hat auf 40 Pfg. für das Pfund (ebenso wie in Hamburg) erhöht werden müssen, ohne daß damit die Selbstkosten des Landesversorgungsamtes gedeckt werden. — Um den minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu helfen, wird den öffentlichen Küchen (Kriegsküchen, Volksküche und Armen-Arbeitshaus) die Kartoffeln zu dem bisherigen Preis verabfolgt, sodaß dadurch eine Erhöhung der Speisekosten nicht entsteht. Ferner werden an die Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark Gutscheine ausgegeben werden, durch welche der Preis für die Kartoffeln auf 20 Pfg. das Pfund ermäßigt wird. Mit Rücksicht auf die notwendigen Vorbereitungen beginnt die Gültigkeit der Gutscheine, über deren Ausgabe noch Näheres bekannt gegben werden wird, am Montag, dem 26. Mai. Für die laufende Woche läßt sich die Ermäßigung noch nicht durchführen.

Amerikanisches Weizenmehl. Die zweite Sendung von amerikanischem Weizenmehl trifft im Laufe der Woche hier ein. Die Verteilung von 250 Gramm Mehl auf den Kopf der Bevölkerung nimmt daher ihren Fortgang. Da das Mehl nicht rechtzeitig genug hier ankommt, um die Läger der Kleinhändler wieder hinreichend aufzufüllen, so behalten die Abschnitte der Warenkarte, auf die das amerikanische Mehl ausgegeben wird, auch für die folgende Brotwoche ihre Gültigkeit. Wer in der laufenden Brotwoche nicht mehr mit diesem Mehl beliefert werden kann, erhält daher in der nächsten Woche die doppelte Mehlration.

Wiedereinlegung von Zügen. Vom 19. Mai ab werden die Lübeck-Travemünder Züge 154, ab Lübeck 8.10 vorm., und 157, ab Travemünde 11.55 vorm., wieder befördert.

Vom Tode gerettet. Der Wehrm. Holst der republikanischen Soldatenwehr rettete unter Lebensgefahr einen 5jährigen Knaben, welcher in der Nähe der Dankwartsbrücke ins Wasser gefallen war, vom sicheren Tode des Ertrinkens.

Ein Dachstuhlbrand brach gestern abend gegen ½9 Uhr in dem Heftischen Geschäftshause an der Untertrave aus. Flammen schossen aus den Fenstern des hohen Frontgiebels und starke Rauchentwicklung ließ eine Ausdehnung des Feuers auf das ganze Dachgeschoß vermuten. Eine Frau, die auf dem Balkon saß, bemerkte den Brand erst, als die Dachziegel durch die Markise schlugen. Die schnell herbeigeeilte Feuerwehr griff so tatkräftig ein, daß sie des wütenden Elementes bald Herr wurde. Die Flammen bahnten sich noch einen Weg durch das Dach selbst, wurden dann aber endgültig erstickt. Eine große Zuschauermenge hielt die Holstenbrücke und die anliegenden Straßen besetzt, weshalb auch der Straßenbahnverkehr ruhen mußte. Das Gebäude dürfte nicht nur durch Brandschaden, sondern auch durch Wasserschaden erheblich gelitten haben.

Einer der nicht darbt. Vor einigen Tagen wurde der Fahndungskommission der hiesigen Sicherheitswehr bekannt, daß sich bei dem Direktor der Hansa-Meierei, Bastian, größere Mengen Lebensmittel befinden sollten. Eine vorgenommene Haussuchung förderte zutage:

18 ganze Schinken,
25 Seiten Speck,
20 Mettwürste,
3 Zentner Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen usw.)
2 große Ballen Stoff zu Anzügen.

In der Speisekammer lagen größere Stücke Schinken vollkommen verschimmelt. Ein Krug mit Butter wurde vorgefunden. Weiter lag ein Paket, enthaltend ungefähr 2 Pfund Butter, 2 Pfund Schinken, 4 Pfund Käse, fertig zum Abholen auf dem Tisch. Eine Kiste mit Kaes wurde unter einem Bett hervorgeholt. Die Räucherwaren sollen nach Angabe von 1917, 18 und 19 noch dem Herrn zustehen. Wenn es Wahrheit sein sollte, hat er also noch so reichlich davon gehabt, daß diese Vorräte noch nicht angebrochen zu werden brauchten. Es war alles auf verschiedene Stellen verteilt, damit bei einer evt. Haussuchung schwerlich etwas gefunden würde. 10 Schinken sind in einem Seitenschrank in der Schlafstube vorgefunden. Das Rauchfleisch war in einem Koffer eingeschlossen und gab Frau Bastian auf Befragen des Wachmannes, was der Koffer enthielt, an, es sei Wäsche darin. In Wirklichkeit wurden aber nur Räucherwaren darin verwahrt. Im Stall waren nicht weniger als 7 fette Schweine, 1 Bullen von 2 Jahren und 1 Jungvieh von 1 Jahr zu finden, welche Herr Bastian von einem Landmann in Pflege genommen haben will, da die Tiere sehr kränklich gewesen sein sollen. Es wird dem Sicherheitsdienst die Haussuchung ja sehr schwer gemacht laut den jetzt bestehenden Gesetzen. Denn ohne erst die hiesige Kriminal-Polizei in Kenntnis gesetzt zu haben und dann auch nur im Beisein eines Beamten von der Polizei darf von der R. S. W. keine Haussuchung vorgenommen werden. Die Angelegenheit wurde der hiesigen Kriminal- zur weiteren Veranlassung übergeben.

Die Vertrauensleute der Republ. Soldatenwehr, Lübeck.

Gedörrte rote Wurzeln und Dörrweißkohl. Die wohlfeilen frischen Wintergemüse sind nicht mehr im Handel zu haben, das junge Gemüse wird sehr teuer bezahlt. Daher empfiehlt es sich für alle Hausfrauen in dieser Uebergangszeit gedörrte rote Wurzeln und Dörrweißkohl so viel wie möglich zu benutzen, die in tadelloser Beschaffenheit bei einer großen Anzahl von Handlungen zu kaufen sind. Gedörrte rote Wurzeln sowie Dörrweißkohl geben richtig zubereitet, ein ebenso wohlschmeckendes Gemüsegericht, als wenn es aus frischem Gemüse hergestellt wäre. Es ist zu wünschen, daß die Bevölkerung von diesen vorteilhaften Lebensmitteln reichlich Gebrauch machen wird.

Für die „Freie Jugend" findet heute abend in der „Dohle", Hundestraße, ein Reigenübungsabend statt.

Sonderausstellung im naturhistorischen Museum. Mit Unterstützung der Forstverwaltung und des Herrn Mittelschullehrer Kleiboemer in Firaelsdorf findet am Sonntag im naturhistorischen Museum eine Sonderausstellung „Die Flora des Laubwaldes" statt. Die Ausstellung wird fast alle hier vorkommenden Laubbäume in beblätterten bestblühenden Zweigen und die Flora des Waldbodens einschließlich der wichtigsten Moose enthalten und so den Freunden unserer schönen Lübecker Wälder Gelegenheit geben, eine der wichtigsten Lebensgemeinschaften unserer Heimat eingehend kennen zu lernen. Das Museum ist Sonntags von 11—4 Uhr und Mittwochs von 4—6 Uhr unentgeltlich geöffnet, an den übrigen Tagen, mit Ausnahme von Sonnabend, von 11—1 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 0.50 Mk. Schulen erhalten nach vorheriger Anmeldung außer Sonnabends jederzeit freien Eintritt.

Berufsberatungsstelle für Mädchen und Frauen. Die letzte Sprechstunde findet Dienstag, den 20. Mai, abends 8—9 Uhr, in der Gewerbekammer, Breite Straße 40 I, statt.

Vermutlich gestohlen ist am 15. ds. Mts. ein an der Puppenbrücke entliehenes 2sitziges Ruderboot Nr. 62. Das Boot, welches mit einem breiten roten Strich abgesetzt ist, war von einem Herrn und einer Dame, anscheinend einem Liebespaar gemietet gewesen.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Händler aus Hamburg, der für einen Hamburger Gastwirt hier und in Mecklenburg Lebensmittel aufkaufen wollte und sich zu diesem Zwecke 3000 Mk. von seinem Auftraggeber hatte aushändigen lassen. Dem unehrlichen Händler schien es aber nicht darum zu tun gewesen zu sein, seinen Auftrag auszuführen, denn bei seiner Festnahme war er nur noch im Besitze von 80 Mk. Das fehlende Geld dürfte der Festgenommene für sich verausgabt haben, obwohl er angibt, dafür Waren gekauft zu haben, über deren Verbleib er sich aber in Schweigen hüllt.

Moisling. Eine Parteiversammlung findet am kommenden Montag abend 8 Uhr im Kaffeehaus statt. Dieselbe wird sich mit dem Parteitag in Weimar und der evtl. Aufstellung von Kandidaten beschäftigen. Zahlreicher Besuch ist dringend erforderlich.

Schwartau. Am Donnerstag abend 7 Uhr fand auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die zweite Stadtratssitzung statt. Beantragt war die Wahl des 1. Vorsitzenden zu beanstanden und eine Neuwahl vorzunehmen. Der Antrag wurde vom Gen. Küntzel begründet, nach kurzer Aussprache aber vom Stadtrat mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Hierauf erhob die Fraktion Anspruch auf den Sitz des 2. Vorsitzenden. Von Herrn Rechtsanwalt Böhmcker wurde der Zimmermeister Menschel vorgeschlagen, von den Sozialdemokraten der Gen. Ketelhohn. Gewählt wurde der Gen. Ketelhohn mit 7 gegen 5 Stimmen. Wie der Herr Rechtsanwalt Böhmker dazu gekommen ist, den Herrn Menschel vorzuschlagen, ist ziemlich schleierhaft, da Herr Menschel garnicht dem Stadrat angehört, sondern dem Magistrat. Bei dieser Gelegenheit haben die Demokraten einmal wieder bewiesen, daß sie gar nicht daran denken demokratisch zu handeln, sondern mit den Deutschnationalen durch dick und dünn gehen. Nach Erledigung der Tagesordnung verließen die Sozialdemokraten die Sitzung, da die bürgerlichen Herren zum Schluß noch so einen kleinen Spießbürgertratsch anfangen wollten, obgleich die Finanzkommission noch eine Sitzung vor sich hatte.

Hamburg. Auf einen raffinierten Gaunerstreich ist der Landmann Timmermann aus Bramfeld hineingefallen. Timmermann lernte zwei Leute kennen, die ihm eine größere Mehllieferung zusagten und ihn veranlaßten, zur Abholung der Ware mit seinem Fuhrwerk zu erscheinen. Der eine Unbekannte ließ sich von dem Landmann den Preis für das Mehl — 1256 Mk. — im voraus zahlen, während sein Helfer, indessen er selbst angeblich alles ordnen wollte, auf dem Wagen des Bauern mit nach Hamburg-St. Georg fuhr. Am Lübeckertor stieg der zweite Schwindler vom Wagen, angeblich, um eine Retirade aufzusuchen, verschwand aber auf Nimmerwiedersehen. Zu spät erkannte unser Bramfelder Bäuerlein, das Opfer zweier Gauner geworden zu sein. Der Betrogene erstattete Anzeige bei der Polizei.

Hamburg. Sozialisierung der Verkehrsmittel. In der Hamburger Bürgerschaft stellten unsere Genossen folgenden Antrag: Die Bürgerschaft wolle beschließen, einen Ausschuß von 11 Mitgliedern einzusetzen zur schleunigen Prüfung der Frage der Sozialisierung der Verkehrsmittel, insbesondere der Ueberführung der Hoch- und Straßenbahnen, Alster- und Hafendampfschiffahrt sowie der Elektrizitätswerke, aus gemischtwirtschaftlichen in staatlichen Betrieb. Der Ausschuß erhält ferner den Auftrag, die Frage zu prüfen, welche weiteren Betriebe zu sozialisieren und wie sie in den Besitz des Staates zu überführen sind.

Hamburg. Diebesbeute im Werte von 150000 Mk. beschlagnahmt. Vor einigen Tagen wurden einer Firma im „Posthof" in der Steinstraße für 150 000 Mk. Vanillin gestohlen. Die Einbrecher schafften die Beute in den Hof Steinstraße 143, wo sie von der Polizei aufgestöbert wurde. Beim Abholen der wertvollen Ware traten die auf der Lauer liegenden Beamten aus ihrem Versteck hervor und wollten zur Festnahme der Abholer schreiten. Diese setzten sich zur Wehr. Dem einen Spitzbuben, dem 31 Jahre alten Händler Edler gelang es, zu entkommen, sein Begleiter, ein Schneider Henneke, wurde im Kampfe von einem Polizeiwachtmeister angeschossen und ins Hafenkrankenhaus geschafft. Edler wurde heute morgen in seiner in Altona in der Christianstraße gelegenen Wohnung verhaftet. Die im Hofe Steinstraße 143 vorgefundene Beute wurde beschlagnahmt. In den Wohnungen Edlers und Henneckes fand man nichts Belastendes vor.

Neustrelitz. Rücktritt der bürgerlichen Minister in Mecklenburg-Strelitz. In der ersten Tagung des ordentlichen Landtages gab nach Erledigung der Tagesordnung Landeshauptmann Krüger die Erklärung ab, daß die Mitglieder der Landesregierung ihre Aemter dem Landtage zur Verfügung stellen, aber bereit seien, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter zu führen. Landesrat Dr. Weber richtet, auch namens des Landesrats Rühberg, an die soz. Fraktion die Anfrage, ob ihre schriftliche Erklärung an die demokratische Fraktion, daß sie mit einer geschlossenen bürgerlichen Fraktion eine Regierung nicht bilden könne, auch im Plenum aufrechterhalten werde. Landesrat Dr. Weber erklärte ausdrücklich, daß die Fortführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung von ihm und Landesrat Rühberg sich nach dem Inhalt der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion richte. Auf Vorschlag des Präsidenten Bartosch vertagt sich das Haus auf 10 Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Abg. Leuß namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab: Landesrat Dr. Weber habe vor dieser Sitzung die Bereitschaft der beiden Herren bürgerlichen Regierungsmitglieder erklärt, vorläufig die Geschäfte weiter zu führen. Diese Mitteilung wird durch die neue Erklärung des Herrn Dr. Weber verändert. Wir halten unsere Erklärung auch im Landtage voll aufrecht. Die Verantwortung dafür, daß durch diese Stellungnahme eventuell das Land ohne verfassungsmäßige Regierung sein wird, tragen die Bürgerlichen. Es müßte sonst sein, daß Landeshauptmann Krüger von der weitaus größten Mehrheit des Landtages mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut würde. Abg. Hustädt beantragt eine Vertagung von 10 Minuten, damit sich die bürgerliche Fraktion schlüssig werden könne. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung gibt Dr. Weber namens der bürgerlichen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die beiden bürgerlichen Minister haben von der Erklärung der soz. Fraktion Kenntnis genommen. Es ist selbstverständlich, daß dadurch die Verleugnung des obersten demokratischen Grundsatzes festgestellt ist. Die bürgerlichen Minister betrachten diese soz. Erklärung als Mißtrauensvotum. Wir können die Fortführung der Geschäfte unter diesen Umständen nur bis morgen 2 Uhr nachmittags übernehmen. Namens der bürgerlichen Fraktion habe ich zu erklären, daß wir Herrn Landeshauptmann Krüger nicht die alleinige Führung der Regierungsgeschäfte übertragen können. Die soz. Fraktion hat bis morgen mittag Gelegenheit, eine neue Regierung zu bilden und kann ja dann Herrn Landeshauptmann Krüger beauftragen, allein die Regierungsgeschäfte zu führen und damit die wohl beabsichtigte Diktatur Krüger einzuführen. Nach einer Erwiderung des Abg. Leuß erklärt Landeshauptmann Krüger, daß er niemals daran dächte, eine Diktatur aufzurichten.

Neueste Nachrichten.

Schluß mit dem Krieg.

Berlin, 17. Mai. (Tel.-Union.) Nach den jüngsten englischen Nachrichten ist man in England einer großen Bewegung auf die Spur gekommen, nach der die Soldaten und Matrosen am letzten Sonnabend „selber demobilisieren" wollten. Es war geplant, daß sie ihre Kokarden und Achselstücke ablegen und aus den Kasernen marschieren sollten. Die Garnisonen, in denen das geschehen sollte, waren Kempton-Park, Winchester, Salisbury und verschiedene andere, ferner in Frankreich: Rouen, Havre, Boulogne, Calais.

Eichhorn will sich verantwarten.

Braunschweig, 17. Mai. Der dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn nahestehende „Braunschweiger Volksbote" veröffentlicht einen umfangreichen offenen Brief an den Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages. In diesem Brief versucht Eichhorn sich gegen die verschiedenen ihm vorgeworfenen strafbaren Handlungen zu verteidigen. Er selbst will in keinem Falle eine strafbare Handlung geduldet, oder in irgendeiner Form unterstützt haben. Sobald der Untersuchungsausschuß freies Geleite nach Berlin und zurück garantiert, will Eichhorn, wie er in dem vorliegenden Brief noch bemerkt, sich persönlich in Berlin verantworten und rechtfertigen.

Der Militarismus auf der anderen Seite.

Koblenz, 17. Mai. Der französische Marschall Foch ist, nachdem er in Begleitung von General Mangin in Höchst die französischen Truppen besichtigt hatte, in Köln in einem festlich geschmückten Rheindampfer gegenüber dem Stapelhaus angekommen. Der Dampfer trug an oberster Stelle die englische Flagge, dann die amerikanische, sodann nebeneinander die belgische und französische. Am Ufer bildeten die britischen Truppen Spalier, während Flieger dauernd über Köln kreuzten. Marschall Foch wurde von den Truppen durch Zurufe begrüßt.

Das Vorgehen der Alliierten in Rußland.

Aus dem Haag, 17. Mai. Unbestreitbar bekommt die Politik der Alliierten gegenüber Rußland und den Bolschewisten einen aktiveren Charakter. Es gehen Truppentransporte aus England nach der Murmanküste ab. Die Anfrage im Unterhause über den Grad der aktiven Beteiligung der englischen Regierung an den finanziellen und sonstigen Unternehmungen gegen Petersburg und Moskau ist von Bonar Law ausweichend beantwortet worden. Die Armee von 400 000 Mann des Admirals Koltschak rückt erfolgreich vor. Koltschak tritt als russischer Diktator auf und ist durch die Entsendung eines diplomatischen Vertreters von Japan offiziell anerkannt, angeblich ohne Einverständnis mit den Alliierten.

Verzögerung der Lebensmitteleinfuhr aus Holland.

Rotterdam, 17. Mai. Seit einigen Tagen werden die für Deutschland bestimmten hier lagernden Lebensmittel durch die amerikanischen Lieferanten zurückbehalten. Nach ungefährer Schätzung haben die zur Lieferung nach Deutschland in den Häfen hier angesammelten Reis-Schiffe, sowie eine Anzahl Leichter, etwa 100 000 Tonnen dieser Lebensmittel bereits geladen. Diese Maßnahme der Amerikaner wird angeblich dadurch verursacht, daß Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen in der Bezahlung der Lebensmittel noch nicht nachgekommen sei.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Billige Strümpfe

Beachten Sie unser Spezialfenster Johannisstraße

Damen-Strümpfe

schwarze Baumwolle, deutsch lang, solide, haltbare Qualität, Paar **9.75**
schwarze Baumwolle, deutsch lang, sehr gute Qualität . . Paar **10.75**

Elegante Damen-Strümpfe

in modernen Farben mit Längsstreifen, englisch lang, hervorragende feine Qualität . . . . . Paar **16.95**

Kinder-Strümpfe

schwarze Baumwolle, sehr gute, haltbare Strapazier-Qualität

Größe	2	3	4	5	6	7	8	9
Paar	5.25	6.—	6.75	7.50	8.25	9.—	10.—	11.—

Füßlinge

schwarze Baumwolle, gute Qualität . . . . . Paar **1.75 2.95**

Reichsware

Frauen-Strümpfe

gegen Bezugschein, *Wolle gestrickt, in grau, braun und schwarz* . Paar **3.70 3.90 4.10**

Kinder-Strümpfe

Wolle gestrickt, grau- und grünfarbig

Größe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Paar	1.80	2.—	2.20	2.45	2.65	2.85	3.05	3.30	3.50

Herren-Socken

ohne Bezugschein, *Wolle gestrickt, grau und braun* . . . . Paar **3.05**

Sourlaut

Extra starke Blockwagen
in allen Preislagen.
Heinr. Pagels
Lübeck (2252
Breite Straße.

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
2240) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets vorrätig
Fernsprecher 2734.

Billige Romane
aller Schriftsteller. (2215
Bücher-Börse,
Fischergrube 16.

Zahn-Praxis (2227
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Fahrrad-Reifen 2204
billig. Verlangen Sie sofort Gratis-Prospekt von **W. Planer, Charlottenburg 4, Abt. R. 63.**

Meinel & Herold
Harmonika-Fabrik
Klingenthal (Sa.) No. 107
Beste und billigste Bezugsquelle f. Zugharmonikas. Spez.: Wiener Art Bandonions, Flöten, Guitarren, Guitarrzithern, Violinen, Mundharmonikas, Mandolinen, etc.
Aufträge v. M. 10.— portofrei
● ● 14000 Dankschreiben. ● ●
Neueste Preisliste umsonst.
2298) (Z

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen-Einrichtungen
sowie sämtl. Einzel-Möbel
zu bekannt billigen Preisen
Vereinigte Möbelkaufhäuser,
Königstr. 73 und Hüxstr. 47.
Fernspr. 641. (2241

Jedes Ungeziefer vertilgt unt. Garantie der beeidigte Kammerjäger und öffentl. Sachverständige (2239
Wilh. Klüssendorf,
Kl. Burgstr. 18a. Fernruf 1509.

Anklage der Gepeinigten
Geschichte eines Feldlazaretts.
Aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels.
Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakt. des „Vorwärts".
Preis 80 Pfg.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Jedes Ungeziefer
vertilgt unt. Garant. **Fr. Kröger,** beeid. Kammerjäg. u. öffentl. Sachverst., Alfstr. 3, Tel. 1794. (2277
Spezialist für Wanzenvertilgung.

Restaurant Schlesierheim
Schmiedestrasse 3
G. Lachmann :: Gemütlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (2242

Die Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft
empfiehlt sich zur täglichen Lieferung von

Kunsteis

(Sonn- und Feiertags ausgenommen)
zu nachstehenden Preisen:

ca. 5	Pfd. für den Monat	Mk. 15.00
„ 10	„ „ „ „ „	20.00
„ 15	„ „ „ „ „	25.00
„ 20	„ „ „ „ „	30.00
„ 25	„ „ „ „ „	35.00

Bezugszeit der Lieferungen mindestens 3 Monate; die Lieferungen beginnen am 2. Juni ds. Js. (2265
Die Direktion.

Patent-Matratzen, Auflege-Matratzen,
jedes Maß in kürzester Zeit.
Gebrüder Hefti, Lübeck
Untertrave 111/112. (2229

Maifestzeitung 1919.
30 Pfg.
Infolge Verkehrsstörung verspätet eingegangen.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Fleisch-Extrakte

ersetzt vollständig das neue
Suppenwürz-Pulver
Anhydor!
Anhydor-Werke Lübeck-Buntekuh
Platzvertreter für Lübeck: **Otto Thomae,**
2237) **Fleischhauerstraße 53.**

Beilage zu Nr. 114.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Sonnabend, den 17. Mai 1919

Zentralverein der Sozialdemokrat. Partei der Provinz Lübeck.

Die diesjährige **ordentliche Generalversammlung** findet **am Sonntag, dem 1. Juni 1919**, präzise 10 Uhr vormittags **in Scharbeutz** im Lokale des Herrn Schmidt statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Zentralvorstandes und der Kontrollkommission.
2. Stellungnahme zum deutschen und Bezirksparteitag und Beratung von Anträgen.
3. Bestimmung der Orte, die Delegierte zum Bezirksparteitag zu entsenden haben.
4. Die Landesausschußwahlen für die Provinz Lübeck.
5. Abtrennung der Provinz Lübeck von dem Freistaat Oldenburg.
6. Stellungnahme zu einer Gemeindevertreterkonferenz.
7. Wahlen.
8. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten hat nach § 12 des Zentralstatuts stattzufinden. Von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten bis zum 24. Mai Mitteilung zu machen.

Stockelsdorf, den 10. Mai 1919.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Heinr. Fick.

Mordprozeß Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Bei Eröffnung der Mittwochssitzung teilte der Vertreter der Anklage ein Schreiben des Polizeipräsidenten mit, in dem dieser angibt, daß das im Prozeß erwähnte Messer Liebknechts dem Bruder, Herrn Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, ausgeliefert worden sei. Dieser ist telegraphisch als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. Es wird nun nochmals beschlossen, in die Beweisaufnahme einzutreten.

Erschienen ist der Zeuge Wolf, Kaufmann in der Artilleriewerkstatt Süd-Spandau und Mitglied des dortigen Arbeiterrats. Nach seiner Aussage hat ihm Jantschkow erzählt, daß Oberleutnant Vogel die Frau Luxemburg direkt ins Gesicht, zwischen Mund und Nase, geschossen habe. Jantschkow hat, wie er sagte, der Oeffentlichkeit die Wahrheit deswegen nicht gesagt, weil er einen Racheakt der Offiziere befürchtete. Er erklärte dem Zeugen Wolf gegenüber, seine Aussage vor Gericht beschwören zu wollen, forderte aber eine Sicherstellung seiner Existenz. Es wurde davon gesprochen, daß man ihm sein Fahrzeug für 100 000 Mk. abkaufen solle. Als Zeuge Wolf bei einer späteren Gelegenheit Jantschkow fragte, ob er gesehen habe, daß der Oberleutnant Vogel Frau Luxemburg erschossen habe, zuckte er mit den Achseln und sagte, er habe schon genug gesagt, und werde vorläufig nichts weiter aussagen, bis er etwas sehe, womit er eine Entschädigung meinte. Der Zeuge Jantschkow bestreitet auf Vorhalten des Vorsitzenden ganz entschieden, irgend etwas über Oberleutnant Vogel gesagt zu haben. Als der Vorsitzende Jantschkow die Aussage Wolfs entgegenhält, erwiderte derselbe: Das ist aber die Höhe, Herr Kriegsgerichtsrat! und bleibt bei seinen früheren Ausführungen. Zeugin Frau Jantschkow sagt, daß ihr Mann immer sehr erregt gewesen und von den Spartakisten verfolgt worden sei. Auf die Frage des Vertreters der Anklage erklärt Jantschkow, daß er nie einer sozialistischen Partei angehört habe. Der Zeuge Dr. Rabowsky sagt aus: An Jantschkow sind Leute von der U. S. P. herangetreten, die von ihm gegen Belohnung etwas über den Fall Liebknecht wissen wollten. Der Zeuge hat darauf dem Jantschkow den Rat gegeben, ruhig ihnen etwas zu sagen, auch eventuell zuzugeben, daß der verhängnisvolle Schuß von Oberleutnant Vogel abgegeben sei. Er solle aber dabei geschickt verfahren. Vor allem solle er sich schon vorher das Geld geben lassen. Der Vorsitzende fragt den Zeugen, wie er dazu komme, zu sagen, der Oberleutnant Vogel habe den Schuß abgegeben. Er erwidert darauf, daß es ihm darauf angekommen sei, den Transportführer als den Verantwortlichen hinzustellen. Im übrigen wollte er die Unabhängigen irreführen.

Darauf erhält der Vertreter der Anklage das Wort zu seinem Plädoyer. Er betont zunächst, daß die Verhaftung Liebknechts keineswegs auf Befehl der Regierung, sondern selbständig durch die Wilmersdorfer Bürgerwehr erfolgt sei, und gibt dann eine Darstellung des Falles Liebknecht, wie er sich nach dem Ergebnis der Verhandlung darstellt. Die Gutachten der medizinischen Sachverständigen und des Sachverständigen für Schußwaffen stehen der Annahme einer Flucht nicht entgegen. Ich selbst halte diese Flucht für sehr merkwürdig, aber nicht für ausgeschlossen. Waren nun die Angeklagten berechtigt, von der Waffe Gebrauch zu machen? Der Vertreter der Anklage erörtert die diesbezüglichen Vorschriften, worin es unter anderm heißt, daß von der Schußwaffe nur Gebrauch gemacht werden dürfe, einmal auf besonderen Befehl oder zum anderen, wenn die anderen Waffen unzureichend sind. Liebknecht war verwundet und nach Aussage der Angeklagten sehr geschwächt. Er wurde fortgeführt von sechs jungen kräftigen Offizieren. Es ist festgestellt, daß nicht ein einziger einen Schritt gemacht hat, um Liebknecht zu fassen. Der Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung hat nach seiner eigenen Aussage die Wirkung seines Halt-Rufes nicht abgewartet, sondern sofort geschossen. Nach meiner Ansicht war bei dieser Gelegenheit der Gebrauch der Schußwaffe nicht nötig. Ich kann mich auch nicht der Ansicht anschließen, daß die kurzen Seitengewehre nicht ausreichten. Die Angeklagten hatten den Vorsatz, nicht zu verwunden, sondern zu töten. Auffallend ist, daß man trotz der Mängel, die der Motor des Autos aufwies, einen so großen Umweg einschlug. Auffallend ist die Panne im dunkelsten Tiergarten und auffallend ist es, daß, als man Dr. Liebknecht zur Charlottenburger Chaussee führen wollte, einen linken Seitenweg einschlug, während das Ziel rechts lag. Es kann nicht nachgewiesen werden, daß die Panne beabsichtigt gewesen ist. Damit ist die Anklage gegen Hauptmann v. Pflugk-Hartung hinfällig. Leutnant Schulz war nur Mitläufer, denn er konnte infolge der Stichverletzung nicht zum Schuß kommen. Sollte sich aber die Messergeschichte als erfunden herausstellen, so ist Leutnant Schulz wegen Mithilfe und Begünstigung zu bestrafen.

Der Anklagevertreter gibt dann eine Darstellung des Falles Luxemburg. Der Oberleutnant Vogel ist zunächst angeklagt, eine strafbare Handlung, nämlich die Mißhandlung der Frau Luxemburg vor dem Eden-Hotel, nicht verhindert zu haben. Nach der Beweisaufnahme kann dieser Anklagepunkt nicht aufrecht erhalten werden. Der Vertreter der Anklage macht dann auf die schwankende Haltung der Zeugen in der Hauptverhandlung aufmerksam und führt dann bezüglich des unbekannten Offiziers aus: Ich kann nicht annehmen, daß dieser unbekannte Offizier eine solche Feigheit besitzt, sich nicht zu melden, nachdem er weiß, welch schwere Anklage gegen Oberleutnant Vogel erhoben wurde. Meine Ansicht ist: Oberleutnant Vogel hat geschossen. Er hat die Tat mit Ueberlegung begangen. Dafür spricht die Beseitigung der Leiche. Leider konnte nicht festgestellt werden, welche Verletzungen den Tod der Frau Luxemburg herbeigeführt haben. Dem Angeklagten Runge kann man nicht nachweisen, daß er den Tod der Frau Luxemburg verursacht hat, so daß wir also nicht nachweisen können, wer der eigentliche Mörder ist. Ich halte den Oberleutnant Vogel für schuldig des versuchten Mordes an Frau Luxemburg. Ferner hat er sich gegen den § 141 des Militärstrafgesetzbuches vergangen, da er die Gefangene nicht ins Gefängnis abgeliefert, sondern erschossen und beseitigt hat. Des weiteren hat er sich schuldig gemacht der Aufforderung zur Beihilfe und des Mißbrauchs der Befehlsgewalt. Runge kommt leicht in eine Erregung, die die Ueberlegung in Frage stellt. Ferner hat er sich schuldig gemacht durch Führung falscher Papiere. Hauptmann Weller hat wissentlich falsche Angaben gemacht und ist der Begünstigung überführt, während Leutnant Liepmann sich gegen das Gesetz wegen Anmaßung falscher Befehle vergangen hat.

Der Verteidiger der Angeklagten führte aus: Hat das Gericht Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Runges, so muß es diesen freisprechn. Runge hat die Tat sicher ohne Ueberlegung ausgeführt. Es ist daher auf versuchten Totschlag zu erkennen. Da ihm aber bei der Ausführung der Tat sicherlich die Folgen derselben nicht bewußt waren, kann man nur schwere Körperverletzung annehmen. Bei der Strafabmessung ist nicht nur der Geisteszustand des Angeklagten zu berücksichtigen, sondern auch, daß er als Regierungssoldat im Straßenkampf mit den Anhängern der Ermordeten stand, daher einen Haß gegen diese beiden führenden Personen hatte und daß die Tat in eine Zeit höchster politischer Erregung fiel. Ich beantrage prinzipielle Freisprechung des Runge, weil seine Zurechnungsfähigkeit nicht erwiesen ist. Desgleichen beantragt der Verteidiger die Freisprechung der Angeklagten Liepmann und Weller. Wenn ein Kämpfer wie der Oberleutnant Vogel in höchster Erregung einen Gewaltakt gegen die Führer der bolschewistischen Massen ausübe, so ist das nicht in Ueberlegung, sondern im höchsten Affekt geschehen. Hat er aber dann noch einen Schuß abgegeben, so hat er in höchstem Maße unüberlegt gehandelt. Frau Luxemburg war, als sie im Auto saß, gewissermaßen ein untaugliches Objekt, da sie vielleicht schon tot war, sicher aber schon im Sterben lag. Das Gericht wird sich also nicht damit zu beschäftigen haben, ob diese Theorie richtig ist oder hier angewendet werden kann, da Oberleutnant Vogel nicht der Schütze war. Vogel hat durch die Anordnungen vor dem Abtransport der Frau Luxemburg durch den Ruf: Ihr seid wohl verrückt! sowie durch die Abwehrtat bewiesen, daß er Frau Luxemburg nicht töten wollte. Wenn er sie nun tatsächlich erschossen hat, dann muß er 25 Sekunden später, nachdem er den letzten Schlag gegen sie abgewehrt hat, seine Meinung geändert haben, und zwar in einer Weise, wie sie fast unmöglich erscheint. Das Gericht dürfe kein Urteil fällen, wenn nicht lückenlos erwiesen ist, daß Vogel der Schuldige ist. Auch im politischen Prozeß muß man trachten, nur nach dem zu urteilen, was die Beweisaufnahme ergeben hat, wenn auch die Massen nach dem Leben dieser Offiziere trachten. Nach der übereinstimmenden Aussage aller Zeugen stand der Schütze auf dem Trittbrett des Autos. Wenn das Gericht den Zeugen Poppe und Grantke glaubt, daß der Mann, der auf dem Trittbrett stand, den Schuß abgegeben hat, dann war es nicht der Oberleutnant Vogel, der saß nach den Aussagen der ihm Bekannten auf dem Führersitz, kann also nicht der Täter gewesen sein. Das Gericht muß ihn freisprechen. Oberleutnant Vogel hat im Interesse der Regierung gehandelt. Der Mißbrauch der Dienstgewalt ist auch nicht gegeben. Er ist daher auch in diesen beiden Fällen freizusprechen. Ebenso wie Leutnant Vogel hat auch Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung beim Abtransport Liebknechts alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um sein Leben zu schützen. Der Umweg bei dem Transport war nötig, um eventuelle Gegenwirkungen von spartakistischer Seite vorzubeugen. Durch Hetzblätter beeinflußt, hat man sich auf den Standpunkt gestellt, die Panne im Tiergarten sei gemacht worden. Das ist nicht wahr. Für die Flucht Liebknechts sind keine Zeugen zugegen, da alle Personen, die sie mit angesehen haben, auf der Anklagebank sitzen. Sicher aber ist, daß dieser große Mensch Liebknecht nicht aus Feigheit die Flucht ergriffen hat. Sie war eine Tollkühnheit. Er wollte nicht hinter Gefängnismauern schmachten, sondern auf der Straße für das Volk kämpfen, und dafür setzte er sein Leben ein. Es steht außer jedem Zweifel, daß Liebknecht auf die Flucht vorbereitet war. Als man ihm im „Edenhotel" seine Papiere abgenommen hatte, ging er im Zimmer sinnend auf und ab und forderte plötzlich noch seine Papiere zurück, wahrscheinlich in der Hoffnung, in den Besitz seines Passes zu bekommen. Das kann er nur verlacht haben in der Absicht, zu fliehen, und diese Flucht war die Tat eines Helden. Es ist falsch und grundlos, zu behaupten, daß der Messerstich gegen Leutnant Schulz fingiert sei. Wenn Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung auf Grund seiner Dienstvorschriften zur Waffe griff und schoß, so ist er nicht schuldig, auch wenn er nach Lage der Sache nicht richtig gehandelt hat. Der erste Schuß des Transportführers war den Begleitmannschaften Befehl. Weil die Unschuld aller im Falle Liebknecht beteiligten Angeklagten erwiesen ist, bitte ich um deren Freisprechung. Der Verteidiger bittet schließlich das Gericht, unbeschadet aller Hetzereien und aller Wünsche der Massen einen Urteilsspruch zu fällen, der sich auf die Beweiserhebung stützt, und schließt mit den Worten: Und wenn die Welt in Stücke geht, wir wollen unser Recht haben!

Die Angeklagten Runge und Weller bitten um das letzte Wort. Runge weist auf seinen Dämmerzustand hin und Weller protestiert gegen die Behauptung des Anklagevertreters, er habe jemanden begünstigen wollen.

Zur Begründung des Urteils

führte der Vorsitzende u. a. aus: Es ist erwiesen, daß Runge zu seiner Tat nicht angestiftet ist, sondern aus eigenem Entschluß gehandelt hat. Daß er zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig war, hat das Gericht nicht angenommen, aber er ist geistig minderwertig und seine Tat ist deshalb anders zu beurteilen wie die eines gesunden Menschen. Dem Dr. Liebknecht hat Runge einen Kolben-

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Ritzel-Mainz.

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die markige Stimme des Geistlichen erscholl jetzt von der Kanzel. In formvollendeter Weise erläuterte der Prediger den Text, zur Eintracht untereinander und zur Liebe gegen den Nächsten mahnend. Andächtig lauschte die Gemeinde der Predigt. Stand doch dort oben der berühmteste Kanzelredner der ganzen Umgegend, Herr Kirchenrat Fröhlich aus Idstein, der es so meisterhaft verstand, mit einfachen, im Volkston gehaltenen Worten die Herzen der Bauern zu packen und die verstocktesten Seelen aufzurütteln. Paul achtete nicht darauf. Nur Worte, die an der hohen Wölbung widerklangen, vernahmen seine Ohren, ohne deren Sinn zu erfassen. Immer wieder mußte er die Blicke nach dem Paare dort unten wenden, das so einträchtig nebeneinander saß, als sei es etwas ganz Selbstverständliches, daß beide zusammengehörten. Das Amen wurde gesprochen, wieder ertönte der Gesang der Gemeinde und vom Altar aus erteilte der Herr Kirchenrat den Segen. Der Träumer auf der Galerie verharrte immer noch in seinem Brüten und mußte von Vetter Wilhelm bei dem Segensspruch zum Aufstehen ermahnt werden. Erst nach dem Verlassen der Kirche suchte er sich von den quälenden Gedanken zu befreien und folgte gerne der Einladung der Vettern zum Frühschoppen nach dem „Goldenen Löwen", wo er bald einer der Lustigsten von der ganzen Gesellschaft wurde. Unaufhörlich erzählte er Witze und Schnurren aus der Soldatenzeit, wobei er es vortrefflich verstand, den Berliner Jargon nachzuahmen, so daß der Tisch, an welchem der ehemalige Gardist saß, von einer dichten Schar belagert war und die Zuhörer nicht aus dem Lachen herauskamen. Und als am Nachmittag der Tanz beginnen sollte und die jungen Burschen vor dem Wirtshause der Tänzerinnen harrten, die in höchstem Ballstaate paarweise herankamen, da stand Paul Höfer in der vordersten Reihe und musterte mit unternehmenden Blicken die vorübergehenden Schönen, bald der, bald jener eine derbe Schmeichelei zurufend.

Die sprühende Lebhaftigkeit und die Schlagfertigkeit der Rede, welche Paul nach dem Gottesdienste bei den Kameraden bewiesen hatte, bewirkten, daß sich unwillkürlich eine Art Gefolgschaft unter den Burschen für ihn bildete, die bei jedem seiner Einfälle in Laute der Zustimmung und des Beifalls ausbrach. Dies erhöhte noch Pauls erzwungene Lustigkeit und immer übermütiger wurden die Scherze, welche er den vorübergehenden tanzlustigen Mädchen zum Besten gab. Jetzt nahte auch Dortchen Lamprecht am Arm ihrer Freundin Nettchen Weber. Einen Augenblick war es Paul, als strahle ihm aus den Augen Dortchens wieder der warme Ausdruck entgegen, mit welchem sie ihn vor Jahren getroffen und welcher die herzliche Zuneigung für das bildschöne Mädchen in ihm erweckt hatte. Jetzt machte sie sich von dem Arme der Freundin los und trat mit freundlichem Lächeln auf ihn zu — da sah Paul, wie von der Seite her Franz Schwind mit hastigen Schritten auf das Mädchen zueilte und ein unendlich bitteres Gefühl quoll in ihm empor. Ohne auf Dortchen zu achten, trat er auf Nettchen Weber zu und, derselben den Arm bietend, rezitierte er aus „Faust", den er im Berliner Theater gesehen hatte: „Mein schönes Fräulein, darf ich's wagen, Ihnen meinen Arm und Geleit anzutragen?" Weit entfernt davon, Gretchens Antwort zu geben, auch wenn sie dieselbe gekannt hätte, nahm Nettchen Weber freudig bewegt den Arm des stattlichen Burschen und schritt an seiner Seite nach dem Tanzsaal, während Dortchen sich unter heißem Erröten abwendete und gar nicht auf die Worte des an ihre Seite getretenen Franz zu achten schien.

„Aber, Dortchen, warum bist du denn uffaamol so traurig?" redete der Bursche auf sie ein, nachdem er eine ganze Flut von schmeichelhaften Bemerkungen über ihr Aussehen über sie ausgeschüttet hatte, ohne seiner Partnerin ein Lächeln oder ein freundliches Wort zu entlocken. „Uff dem Herweg warst du doch so fidel, wie en Maikäwer und jetzt machst du e Gesichtche, wie e Dippe voll Deiwel? Mer könnt jo bald maane, du täst dich ärgern, weil der lang Latsch dich nit zum Danze geholt hot?"

„Ich mich ärgern?" lachte das Mädchen gezwungen auf. „Was bist du so krank? Wenn ich danze will, dann hab ich Dänzer genug, do brauch ich nit zu warte, bis der widder von Berlin zurückkomme ist. Loß mich nur in de Saal komme, do werst du schun sehe, daß ich nit zu schimmele brauch."

„Ich waaß jo, Dortche, die Borsch reiße sich jo all um dich un wenn des aach nit wär, ich tät schon defor sorje, daß du nit zu schimmle brauchst! Wenn du mir nur glaabe tätst, Dortche, daß ich mit dir am liebste ganz allaans danze tät, wenn du mir nur glaabe tätst —"

„Franz, loß nur dei dumm Gebabbel! Wenn du glaabst, du könntst mir de Kopp verdrehe, wie du's schon so mancher getan hast, dann bist du uff dem Holzweg. Loß mich emol los, daß ich zu meine Leit kann!" Damit befreite sie ihren Arm und eilte durch die Mitte des Tanzsaales nach einem der an der Seite befindlichen Tische, wo eine mit ihr verwandte Familie Platz genommen hatte, und ließ sich neben dem ihr mit freundlichem Lächeln ein gefülltes Glas entgegenreichenden Vetter nieder.

Auf der Galerie des mäßig großen Saales hatten die Musikanten schon Platz genommen und waren eben dabei, ihre Instrumente zu stimmen. Mit dem Summen der Unterhaltung der Festgäste mischten sich zuweilen ein tiefer Brummton der Baßgeige, das helle Zirpen der Violine, oder die quietschenden Läufer der Klarinette — Klänge, welche eine elektrisierende Wirkung auf die Herzen der erwartungsvollen tanzlustigen Jugend ausübten. Bald brauste die lebhafte Weise einer Polka vom Orchester herab, und von allen Seiten kamen die Pärchen herbei, um den Saal in wenigen Minuten mit einem dichten Gewoge durcheinanderwirbelnder Gestalten zu füllen.

Dortchen Lamprecht war von Franz Schwind zum Tanze geholt worden. Vor Beginn der Tour hatte sie immer wieder nach der Ecke des Saales geschaut, als warte sie, ob Paul Höfer, der dorten von einer Schar junger Mädchen und Burschen umringt, in anscheinend lustiger Unterhaltung begriffen war, sie doch noch zum Tanze auffordern würde.

Wie oft hatte sie in den verflossenen zweiundeinhalb Jahren den Zeitpunkt herbeigesehnt, an welchem Paul Höfer wieder in die Heimat zurückkehrte. Sein warmer Händedruck, seine innigen Blicke damals beim Abschied hatten ihr ohne Worte die Zuversicht gegeben, daß sein Herz dem ihrigen entgegenschlug; wie Schuppen war es ihr bei jenem Abschied von den Augen gesunken, daß das Wohlgefallen, welches der stattliche Bursche jedesmal bei ihr erweckte, sobald er in ihren Gesichtskreis kam, sich im Laufe der Zeit zu einem tieferen Gefühl herausgebildet hatte, das sie zwang, immer an den Abwesenden zu denken und seine Gestalt in ihre jugendlichen Träume von künftigem Glück zu verflechten. Warum hatte sie ihm damals nicht deutlicher ihre Neigung zu erkennen gegeben? Doch nein, das hatte sie nicht vermocht. An den Hals werfen konnte sie sich ihm doch nicht — das ging gegen ihren weiblichen Stolz. Aus den Blicken, mit welchen sie sich von ihm verabschiedet hatte, mußte er gesehen haben, wie es um sie stand — da war es seine, des Mannes, Sache, das erste Wort zu sprechen. Allerdings waren damals die johlenden und singenden Kameraden um ihn gewesen, aber hätte er sich nicht noch ein Viertelstündchen von diesen losmachen können, um sie aufzusuchen? Und war er nicht vor anderthalb Jahren in Urlaub zu Hause gewesen, ohne sich ihr zu nähern? Hatte er in den verflossenen vier Wochen, seitdem er wieder in Tiefenborn war, auch nur den geringsten Versuch gemacht, innigere Beziehungen zu ihr anzuknüpfen? Nein, er dachte nicht an sie — hatte vielleicht nie an sie gedacht. Nur Einbildung war es von ihr gewesen, wenn sie geglaubt hatte, Liebe sei es, die ihr damals aus seinen Augen entgegenstrahlte. Wie er mit den Mädchen dorten schäkerte und lachte, ohne ihr auch nur einen Blick zu gönnen! Nun er sollte sehen, daß er ihr ganz gleichgültig sei! Weil er in Berlin gewesen war und die anderen Burschen um Kopfeslänge überragte, bildete er sich vielleicht ein, sie würde ihm nachlaufen, wie die anderen jungen Mädchen, die dummen Dinger, es machten — da konnte er lange warten! Und amüsieren wollte sie sich heute erst recht; an Tänzern fehlte es ihr ja nie! Sollte es ihm im Laufe des Abends dann einfallen, sie zum Tanze aufzufordern, dann wollte sie ohne weiteres rundweg ablehnen, damit er deutlich sähe, daß sie nichts, aber auch nichts mit ihm zu tun haben wolle. Wenn er nur kommen würde! Unter diesen grollenden Erwägungen nahm Dortchen den Arm des eben sich vor ihr verneigenden Franz Schwind und stürzte sich mit diesem in den dichtesten Trubel der Tanzenden. Die Schmeichelworte, die der Bursche ihr zuflüsterte, wirkten wie ein Labsal auf ihr von der getäuschten Hoffnung verbittertes Gemüt. Willig folgte sie dem Franz zum zweiten und dritten Male zum Tanze, obgleich sie sich bewußt war, daß sie damit die Meinung erwecken mußte, zwischen ihr und Franz Schwind bestehe ein intimes Verhältnis. Mochten sie alle und besonders Paul Höfer dies glauben — was lag ihr daran!

Fortsetzung folgt.

schlag und der Frau Luxemburg zwei wuchtige Kolbenhiebe versetzt, so daß sie zusammenbrach. Daß der Tod infolge der Kolbenschläge sogleich eingetreten ist, konnte nicht festgestellt werden. Runge konnte deshalb nicht wegen vollendeten, sondern nur wegen versuchten Totschlags verurteilt werden. Möglich, ja wahrscheinlich ist es, daß der Tod infolge der Kolbenschläge eingetreten ist. Tatsächlich war Frau Luxemburg tot, als sie ins Wasser geworfen wurde.

Im Falle Liebknecht gibt es Indizien, die für eine Verabredung der Offiziere sprechen. Dahin gehört die von einer Zeugin gehörte Aeußerung, die Herren werden im Tiergarten erwartet, um Liebknecht zu begrüßen. Es ist aber nicht erwiesen, daß sich diese Aeußerung auf die Angeklagten bezog. Ferner das Einbiegen in einen Seitenweg, nachdem das Auto im Tiergarten stehengeblieben war. Das ist nicht unauffällig, aber die Erklärung des Kapitänleutnants v. Pflugk-Hartung, daß er diesen Weg eingeschlagen habe, um Fuhrwerke auf dem belebten Weg zu vermeiden, die Aenderung des Treffpunktes, der Gebrauch der Schußwaffen nach dem Anruf und der Messerstich des Leutnants Schulze sprechen ebenfalls gegen die Angeklagten. Daß der Angeklagte Schulze den Messerstich von Liebknecht bekommen hat, ist nicht anzunehmen. Es ist möglich, jedenfalls nicht widerlegt, daß Dr. Liebknecht ein Messer gezogen hat, um es im Augenblick der Flucht zu gebrauchen. Auffällig ist, daß Leutnant Schulze, als er sich auf der Rettungswache verbinden ließ, sich als Alan Schulze ausgab. Aber er trug Mannschaftsuniform und tat Mannschaftsdienst. Verdächtig ist auch, daß der Chauffeur Peschel Geld vom Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung geliehen hat. Doch das kann ein zufälliges Zusammentreffen sein. Diesen belastenden Indizien stehen entlastende Indizien gegenüber: Die Angeklagten haben Liebknecht vor Gewalttätigkeiten der Menge vor dem Lokal geschützt. Es hat sich nach Bekundung der Sachverständigen tatsächlich um eine echte Panne gehandelt, die durch einen Fabrikationsfehler verursacht worden ist. Besonders entlastend sind die Gutachten der medizinischen Sachverständigen über die Schußverletzungen. Dadurch werden die Angaben der Angeklagten, daß Liebknecht einen Fluchtversuch gemacht hat und von hinten getroffen ist, unterstützt und bewiesen. Durch den Kolbenschlag war Dr. Liebknecht nach dem Sachverständigengutachten nicht so geschwächt, daß er nicht einen Fluchtversuch hätte machen können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er tatsächlich einen Fluchtversuch gemacht hat und dabei erschossen ist. Die Angaben des Stadtrats Grützner, er habe durch Leutnant Sander den Auftrag erhalten, die Mannschaften im Edenhotel zu falschen Angaben zu veranlassen, beruht nach den Bekundungen des Leutnants Sander auf einem Mißverständnis. Die bekundeten Gespräche auf der Wache, daß die Panne und der Fluchtversuche nur Mache seien, lassen sich nicht gegen die Angeklagten verwerten, denn es handelte sich nur um leeres Gerede, worauf das Gericht keinen Wert gelegt hat. Nach alledem konnte das Gericht kein verabredetes oder stilles Einverständnis der Angeklagten annehmen. Hinsichtlich des Waffengebrauchs ist zu berücksichtigen, daß es im Tiergarten dunkel und unsicher war und daß es sich um einen besonders wertvollen Gefangenen handelte. Der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung war somit objektiv und subjektiv zum Gebrauch der Schußwaffe berechtigt und mußte deshalb freigesprochen werden. Der Schuß des Transportführers war für die anderen recht- und pflichtmäßige Veranlassung, ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Deshalb mußten auch die anderen an dem Transport beteiligten Angeklagten freigesprochen werden. Daß sich Leutnant Liepmann der Anmaßung einer Befehlsbefugnis schuldig gemacht hat in der Absicht, den Angeklagten Runge der Bestrafung zu entziehen, ist erwiesen. Von einer Gefängnisstrafe hat das Gericht wegen der Jugend und der guten Führung des Angeklagten Abstand genommen, auch deshalb, weil er glaubte, den Angeklagten Runge vor spartakistischen Angriffen zu schützen. Der Verdacht, daß Hauptmann v. Pflugk-Hartung die Panne verursacht habe, ist widerlegt.

Im Falle Luxemburg war es, wie festgestellt ist, dem Oberleutnant Vogel nicht möglich, Frau Luxemburg vor den Kolbenschlägen Runges zu schützen. Es ist festgestellt, daß bald nach der Abfahrt des Autos ein Schuß gefallen ist. Wer ihn abgefeuert hat, ist nicht aufgeklärt. In diesem Punkt widersprechen sich die Aussagen der Zeugen. Ein Schuldbeweis ist in diesem Punkt gegen Oberleutenant Vogel nicht erbracht, er kann also nicht wegen versuchten Mordes oder Totschlages verurteilt werden. Aber er ist der Begünstigung schuldig, weil er die Leiche beseitigt und eine falsche Meldung erstattet hat. Es war seine Pflicht, die Leiche an die zuständige Stelle abzuliefern. Er hat die Leiche beseitigt, um Runge und den, der den Schuß auf Frau Luxemburg abgegeben hat, vor Strafverfolgung zu schützen. Strafmildernd ist berücksichtigt, daß sich Vogel in Erbitterung gegen die Gegner der Regierung befand, andererseits aber ist zu würdigen, daß das Hineinwerfen der Leiche ins Wasser eine äußerst rohe Handlung ist. Dem Angeklagten Hauptmann Weller kann nicht nachgewiesen werden, daß er bei seiner Aussage gewußt hat, es sei tatsächlich die Leiche der Frau Luxemburg ins Wasser geworfen. Eine Begünstigung konnte ihm nicht nachgewiesen werden, er mußte deshalb freigesprochen werden. — Der Vorsitzende macht die Verurteilten darauf aufmerksam, daß es zurzeit kein Rechtsmittel gegen das Urteil gibt. Sie könnten aber erklären, ob sie die Strafen annehmen.

Angekl. Vogel bemängelt das Strafmaß, Angekl. Liepmann erklärt, er nehme die Strafe an. Angekl. Runge bemerkt, er wolle sich erst mit seinem Verteidiger besprechen.

Um 3/4 10 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Forderungen der Frauen-Internationale an die Friedens-Konferenz.

Aus Zürich meldet die schweizerische Depeschenagentur: Der internationale Frauenkongreß forderte die Aufnahme folgender Forderungen in den Friedensvertrag:

Die Verantwortung für ein uneheliches Kind soll nicht nur der Mutter, sondern auch dem Vater übertragen werden. Weder in politischen noch industriellen Streiks darf die Zufuhr von Lebensmitteln an Kinder unterbunden werden. An jeder Volksabstimmung nimmt die Frau gleich wie der Mann teil. Der Kongreß empfiehlt sodann, in den Völkerbund eine Kommission mit der gleichen Anzahl Frauen und Männer einzusetzen, die die Heirats- und Ehescheidungsgesetze im Hinblick auf die Schwierigkeiten zu prüfen hat, die den Frauen erwachsen sind. Der Kongreß fordert die soziale, politische, geistige und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen. Es sollen Maßnahmen für die Mutterschaftsversicherung getroffen werden, die nicht vom Vermögensstand der Mutter abhängig ist. Die Arbeit der Frau in der Familie und im Staat soll so gestaltet werden, daß sie der Frau in ihrer typischen Eigenart möglichst gerecht wird. Der Staat soll die Nachforschungen nach dem Vater unterstützen. Im Hinblick auf die große Verantwortung, die die Frau in der Bevölkerungsfrage trägt, fordert der Kongreß, daß der gründlichsten wissenschaftlichen Aufklärung über diesen Gegenstand keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt und daß der Rat der Frau in dieser Frage als maßgebend anerkannt wird.

Ferner beschloß der Kongreß, zu fordern, daß die Friedenskonferenz folgende Forderungen in den Friedensvertrag aufnehme: Die Frau erhält das Stimmrecht als Anerkennung ihrer Gleichstellung mit den Männern in den nationalen und internationalen Körperschaften der Gesetzgebung und Verwaltung. Die Frau untersteht wie der Mann dem Schutze des Gesetzes gegen Sklaverei. Die Ehefrau besitzt ihre vollen persönlichen und bürgerlichen Rechte, einschließlich des Verfügungsrechtes über ihren Verdienst und Entscheidung über ihr Eigentum, frei von jeder Bevormundung durch den Mann. Der Mutter steht das gleiche Recht für die Vormundschaft über ihre Kinder wie dem Vater zu. Die verheiratete Frau hat das gleiche Recht, ihre Nationalität zu behalten wie der Mann. Alle Erziehungsmöglichkeiten stehen den beiden Geschlechtern offen. Die Frau soll jede Gelegenheit haben sich für die Berufe und Gewerbe auszubilden wie der Mann. Die Frau erhält für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie der Mann. Reglementierung und Prostitution wird abgeschafft, der Mädchenhandel ist verboten, gleiche Moral für Mann und Frau geschaffen.

Um 15 Millionen Menschen.

Die erste der drei Noten, die Graf Brockdorff-Rantzau im Namen der Friedensdelegation an die französische Regierung gerichtet hat, behandelt ein Problem, das für das deutsche Proletariat von äußerster Lebenswichtigkeit ist, es ist geradezu das Problem der deutschen Arbeiterschaft.

Wenn die Friedensbedingungen der Entente zur Tatsache werden, dann muß Deutschland mindestens 15 Millionen Menschen an die Welt abgeben, für die innerhalb Deutschlands keine Möglichkeit der Beschäftigung oder Ernährung sein wird. Während Deutschland bisher Waren exportierte, wird es künftig gezwungen sein, Menschen, und zwar in größtem Maßstabe, zu exportieren.

Ein solches menschenexportierendes Land war vor dem Krieg Italien. Durch seinen Mangel an Bodenschätzen war es gezwungen, statt des Ueberschusses seiner Arbeit seinen Ueberschuß an Menschen abzugeben. Aber es war hierzu weit mehr befähigt als Deutschland, weil der italienische Arbeiter infolge seiner angeborenen Anspruchslosigkeit mit billigem Lohn zufrieden war und von den Unternehmern aller Länder daher gern als Lohndrücker herbeigeholt wurde. Der deutsche Arbeiter ist aber nicht nur höhere [illegible] und bessere Lebenshaltung gewöhnt als die Arbeiter der ü[illegible]rigen Länder, er betrachtet auch eine hochentwickelte Sozialp[illegible] als selbstverständlich und seit der Revolution ein Maß von Selbständigkeit gegenüber dem Unternehmertum, das er außerhalb Deutschlands und Rußlands wohl nirgends finden wird. Während für den italienischen Arbeiter die Auswanderung daher Aufstieg bedeutet, ist sie für den deutschen Arbeiter in unzähligen Fällen Abstieg in eine tiefere Kulturstufe.

Aber selbst wenn der deutsche Arbeiter durch Hunger und Arbeitslosigkeit gezwungen diese Opfer auf sich nimmt, dann bleibt noch sehr die Frage, ob die übrigen Länder eine plötzliche Ueberfüllung mit 15 Millionen ausländischen Arbeitskräften gestatten [illegible]en, zumal wenn es die verhaßten Deutschen sind. Sicher [illegible]den sich die Tore vieler Länder vor dem auswandernden deutschen Proletariat verschließen. Dieses befindet sich in einer unmöglichen Lage: Im Inland kann es nicht leben und das Ausland nimmt es nicht auf. Hier handelt es sich um physisches Sein und Nichtsein. Dessen soll sich die Arbeiterschaft in jedem Stadium der Verhandlungen bewußt bleiben.

Wirtschaftliches.

Handel mit gefälschten Einfuhrscheinen.

Wir lesen in Berliner Blättern: Welchen Umfang der Handel mit gefälschten Einfuhrscheinen angenommen hat, ist aus einer Mitteilung des Kriegswucheramts zu ersehen, in der das Amt zu der bereits gemeldeten Beschlagnahme von Apfelsinen und Zitronen Stellung nimmt. Es hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der Einfuhrscheine, auf Grund deren sehr erhebliche Mengen von Südfrüchten eingeführt wurden, gefälscht waren. Die Früchte gelangten in den Kettenhandel, der die Preise ins Ungemessene hochtreibt, und die Ware lieber verderben läßt, als sie zu billigeren Preisen abzugeben. Mit Recht erklärt das Kriegswucheramt, daß wir uns heute nicht mehr den Luxus leisten können, große Mengen von Nahrungsmitteln verderben zu lassen, und daß bei unseren sehr knappen Geldmitteln Vorsorge getroffen werden muß, daß Exwaren, die für die Volksernährung wichtiger sind als Südfrüchte, aus dem Auslande eingeführt werden können. Um den Wucher, der mit Südfrüchten getrieben wird, zu illustrieren, weist das Kriegswucheramt darauf hin, daß von den fliegenden Händlern auf dem Kurfürstendamm für eine Apfelsine, die höchstens 30 bis 40 Pfg. kosten dürfte, 2 bis 2,50 Mk. verlangt werden. In einem Falle habe eine solche Kette von Schleichhändlern, in der ein gefälschter Einfuhrschein verkauft wurde, aus zwölf Gliedern bestanden. Für den Einfuhrschein, der, wohlgemerkt, falsch war, wurden 8000 Mk. verlangt und bezahlt. Erst vor wenigen Tagen ist auf dem Anhalter Bahnhof eine größere Ladung von Apfelsinen beschlagnahmt worden. In Berlin wie an der Schweizer Grenze ist von Beamten eine Reihe von Schwindlern festgenommen worden, darunter auch ein ukrainischer Kaufmann.

Aus Nah und Fern.

Zu den Vorgängen in Stettin wird mitgeteilt, daß dort in der ärmeren Bevölkerung schon seit langer Zeit Erbitterung über die Knappheit der Lebensmittel herrschte, die sich besonders bei dem Durchtransport von Fischen nach dem Inlande bemerkbar machte. Aus diesem Anlaß kam es zu den gemeldeten Ausschreitungen und Plünderungen, die sich vom Hafen bald in die Stadt hinein fortpflanzten. Den Vorgängen kommt keinerlei politische Bedeutung zu. Die Truppen, die bei den Zusammenstößen versagten, bestanden aus örtlichen Sicherheitswehren. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Schulen und die meisten Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte und der Banken, sind geschlossen. Es ist eine Einwohnerwehr gebildet, die bereits Dienst tut.

Schiffsunfall. „Politiken" zufolge geriet der Hamburger Schleppdampfer „Schulow", der mit zwei beladenen Schleppkähnen von Hamburg nach Aarhus unterwegs war, im Kleinen Belt zwischen Assens und Thorse in ein deutsches Minenfeld und stieß auf zwei Minen, die beide explodierten. Das Schiff flog in die Luft. Die Besatzung, bestehend aus 11 Mann, kam um.

Neue Freimarken. In Bayern sollen demnächst Freimarken, Postkarten und Postanweisungen der Reichspost — Also mit der Inschrift „Deutsches Reich" — ausgegeben werden, die den Ueberdruck „Freistaat Bayern" tragen.

Arbeiter-Bildungswesen.

Der Zentralbildungsausschuß, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, hat nach langer Pause wieder ein Mitteilungsblatt herausgegeben. Es enthält außer verschiedenen geschäftlichen Notizen einen Artikel: Rückblick und Ausblick, sowie eine längere Abhandlung über: „Die nächsten Aufgaben der Arbeiterbildungsausschüsse", in der u. a. Anregungen für die Veranstaltung von Einführungskursen und Vorträgen in die Theorie und Praxis des Sozialismus, für Bildungsveranstaltungen für die Arbeiterräte und für die 17- bis 20jährige Jugend gegeben werden. Auch der Zentralbildungsausschuß plant die Bearbeitung wichtiger Bildungsgebiete, so die Nutzbarmachung des Films für unsere Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die Schaffung neuer Jugendschriftenverzeichnisse, die Bearbeitung des Bibliothekwesens, die Organisierung von Wanderkursen und Wanderparteischulen. Das Lichtbildverzeichnis des Zentralbildungsausschusses ist neu zusammengestellt und gleichfalls im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Theater und Musik.

Die Spielzeit des Stadttheaters schloß gestern abend vor vollem Hause mit einer recht guten Aufführung von Beethovens einziger Oper „Fidelio". Als Leonore bot Frau Ludewigs-Korte eine von warmem Empfinden getragene, ausgereifte Leistung. Herr Hofer gab den Florestan, mit dem er sich verabschiedete, durchdacht und mit Temperament. In Spiel, Maske und Gesang gleich fesselnd war der Pizarro des Herrn Schützendorf vom Hamburger Stadttheater. Als Jacquino zeigte Herr Habig aus Barmen beachtliche Mittel eines Tenorbuffos. Fräul. Malinowski hatte als Marzelline noch einmal Gelegenheit, ihre Vorzüge ins rechte Licht zu stellen. Am Dirigentenpult stand Herr Kapellmeister Mannstedt und leitete schwungvoll und lebendig das Ganze. Ihm brachte das Orchester zum Schluß einen Tusch. Dann wollten die Hervorrufe kein Ende nehmen. So endete die Spielzeit, die gewiß viel guten Willen erkennen, aber dennoch manche berechtigten Wünsche unerfüllt ließ. Auch der Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen" hat nicht immer die erforderliche Beachtung gefunden. Daß das und anderes im Herbst sich ändert, ist nur zu hoffen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

„Große" Verdienstmöglichkeit

bot sich und bietet sich noch stellungslosen weiblichen Handelsangestellten, wozu auch die Tochter Einsenders dieses zählt. Auf ihre Anfrage nach Stellung beim Arbeitsamt wurde ihr kürzlich Beschäftigung nachgewiesen durch Tütenkleben. Eine geübte Arbeiterin bringt es hierbei auf 500 Stück (Honigtüten) den Tag, von leichteren Sorten entsprechend mehr. Ob nun in acht Stunden, bezweifle ich sehr. Nun sollte man annehmen, daß, wenn wirklich 500 Stück besagter Tüten in acht Stunden geliefert werden, hierfür doch mindestens 3—4 Mk. bezahlt würden. Aber weit gefehlt. Ganze 1,75 Mk. bekam meine Tochter dafür ausbezahlt, also bei angestrengter Tätigkeit ein Stundenverdienst von noch nicht 20 Pfg. Da möchte ich denn einmal an das Arbeitsamt die höfliche Anfrage richten, wie sich denn jemand mit diesem „horrenden" Verdienst bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen ernähren und kleiden soll. Den Unterstützung beziehenden stellungslosen Angestellten wird allerdings vom Arbeitsamt soviel zugezahlt, daß sie ihren Unterstützungssatz erreichen. Zu diesen „Glücklichen" gehört aber die Tochter des Einsenders nicht, weil ihr Vater ein so „hohes" Einkommen hat, daß er seine Tochter bequem mit ernähren kann. Einsender ist der Meinung, daß für jede Arbeit doch mindestens soviel bezahlt werden muß, daß der Arbeiter sich damit einigermaßen über Wasser halten kann. Einer Beschäftigung im Hausstand steht wieder die Anschaffung von dazu nötiger Kleidungsstücke im Wege, die ja jetzt ein kleines Vermögen erfordern. An die zuständigen Stellen möchte ich das Ersuchen richten, sich einmal mit diesen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen und für Abhilfe zu sorgen. S.

Mehr Rücksicht!

Jetzt, während der Haupt-Reinmachezeit, möchte ich darauf hinweisen, daß es in Lübeck eine Polizeiverordnung gibt, nach welcher das Betten- und Teppichklopfen an Wochentagen nur zwischen 8 und 12 Uhr gestattet, an Sonntagen aber gänzlich verboten ist. Für manche Leute scheinen Gesetze und Verordnungen aber nicht zu existieren, denn es vergeht jetzt fast kein Tag, an dem nicht schon in aller Frühe mit voller Kraft darauf los gearbeitet wird. Wenn das nicht aufhört, bleibt den Nachbarn nichts anderes übrig, als solche rücksichtslosen Leute der Polizeibehörde namhaft zu machen und damit der ihnen gebührenden Bestrafung zuzuführen. Auch die Unsitte des Auslegens und des Hinhängens von Wäschesachen, Betteilen usw. nach der Straßenseite hin, muß endlich einmal aufhören. C.

Warenausgabe

in der Woche vom 19. bis 25. Mai 1919.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abschnitt 78	60	Gramm Butter zum Preise von 56 Pfg.
Speisefett:	„ 78		
Zucker:	„ 106—111	je 125	Gramm Zucker (bis zum 8. Juni)
Mühlenfabrikate:	„ 96	250	Gr. Nudeln (Wasserware) zum Preise v. 66 Pfg. für 1 Pfund.
	„ 96	125	Gr. Haferflocken, 1/2-Pfund-Pakete z. Preise von 90 Pfg. für 1 Pfd., 1-Pfd.-Pakete zum Preise von 82 Pfg. für 1 Pfund.
Aufstrichmittel	„ 78	250	Gr. Marmelade zum Preise von 1.30 Mk. f. 1 Pfd.
Warenkarte:	„ 185	1	Dose amerikanische kondensierte Milch zum Preise von 2.85 Mk. für die Dose.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind diese Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften entnommen werden.

Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 19. bis 25. Mai 1919:

Ganze Wochenmenge	wie bei der Lebensmittelkarte.	
Halbe „	30	Gramm Butter
	75	„ Zucker
	125	„ Nudeln (Wasserware)
	75	„ Haferflocken
	125	„ Marmelade.

Die Waren sind in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugshefte: 6/9 der höchstzulässigen Bezugsmenge in Butter.

Lübeck, den 17. Mai 1919. (2222

Das Landesversorgungsamt.

Kartoffeln.

Das Landesversorgungsamt bestimmt hierdurch:

I.

Vom **19. bis 25. Mai** ds. Js. dürfen auf Abschnitt **6** der Kartoffelkarte fünf Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann bei den Kartoffelerzeugern und den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte geschehen.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 17. Mai 1919. (2290

Das Landesversorgungsamt.

Kartoffelpreise.

Das Landesversorgungsamt bestimmt hierdurch:

I.

Der Kleinhandelshöchstpreis für die von den Händlern zu vertretenden Kartoffeln beträgt **40 Pfg.** für das Pfund.

Dieser Preis gilt nur für diejenigen Kartoffeln, welche den Händlern vom Landesversorgungsamt geliefert sind. Die unterm 11. Januar 1919 bekannt gegebenen Höchstpreise bleiben im übrigen bestehen.

II.

Die Ueberschreitung der Höchstpreise unterliegt den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 17. Mai 1919. (2291

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe der Lebensmittelkartenhefte, Brotkartenhefte, Fleischkarten und Sonderkarten.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes, betreffend die Abgabe von Ausweisen zum Bezuge von Lebensmitteln, vom 14. April 1918 wird hiermit angeordnet:

Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, ferner für Israelsdorf, Gothmund, Vorwerk und Krempelsdorf werden die neuen Lebensmittelkartenhefte, Brotkartenhefte, Fleischkarten und Sonderkarten zum Bezuge von Lebensmitteln an den unten angegebenen Tagen in der **Börse** (Eingang vom Markt) von

vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr

ausgegeben.

Ausgabezeiten:

Montag, den 19. Mai 1919:	Bezirk 1 bis 9,
Dienstag, den 20. Mai 1919:	Bezirk 10 bis 18,
Mittwoch, den 21. Mai 1919:	Bezirk 19 bis 27,
Donnerstag, den 22. Mai 1919:	Bezirk 28 bis 34
Freitag, den 23. Mai 1919:	Bezirk 35 bis 42
Sonnabend, den 24. Mai 1919:	Bezirk 43 bis 50,
Montag, den 26. Mai 1919:	Bezirk 51 bis 58,
Dienstag, den 27. Mai 1919:	Bezirk 59 bis 65,
Mittwoch, den 28. Mai 1919:	Bezirk 66 bis 74,
Freitag, den 30. Mai 1919:	Bezirk 75 bis 87.

Die Bezirksnummer ist auf dem gelben „Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln" (rechts oben) angegeben. Dieser Ausweis ist bei der Abholung vorzulegen; ohne Vorlage dieses Ausweises erfolgt die Aushändigung der Lebensmittelkartenhefte nicht. Kinder unter 12 Jahren dürfen mit der Abholung nicht beauftragt werden.

Bei verspäteter Abholung der Lebensmittelkartenhefte usw. wird eine Gebühr von 50 Pfg. für die Person erhoben.

Im einzelnen ist zu beachten:

I. Lebensmittelkartenhefte.

Jedes Lebensmittelkartenheft trägt oben rechts die Bezirksnummer.

Name und Wohnung des Inhabers sind alsbald nach Empfangnahme des Heftes durch den Haushaltungsvorstand in die dafür vorgesehene Stelle auf dem Umschlage einzutragen.

Hefte, auf denen die aufgestempelte Bezirksnummer oder der Name und die Wohnung des Inhabers nicht angegeben sind, dürfen zur Warenentnahme nicht benutzt und von den Kleinhändlern nicht beliefert werden.

Die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und sonstige Speisefette, Zucker, Mühlenfabrikate, Aufstrichmittel und Kaffee-Ersatz hat bei einem zugelassenen Kleinhändler in der Zeit vom 28. Mai bis 2. Juni 1919 zu erfolgen.

Die Anmeldung darf nicht erfolgen, wenn die Hefte nicht auf dem Umschlag vorschriftsmäßig mit Namen und Wohnung des Inhabers sowie mit der aufgestempelten Bezirksnummer versehen sind. Für die Behandlung der Anmeldung durch die Kleinhändler gelten die in der Bekanntmachung vom 10. August 1918 enthaltenen Bestimmungen. **Die Ablieferung der Kontrollabschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechts durch die Kleinhändler muß spätestens am 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, erfolgt sein, später abgelieferte Kontrollabschnitte können nicht mehr berücksichtigt werden.**

Soweit die **Bezugsausweise für Selbstversorger** nicht bereits bei der Ausgabe aus den Lebensmittelkartenheften entfernt sind, sind diese von den Inhabern spätestens **bis zum 15. Juni 1919**

für Mühlenfabrikate, Zucker und Aufstrichmittel an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, I, Zimmer 3,

für Butter und sonstige Speisefette an die Geschäftsstelle des Landesversorgungsamts, Breite Straße 65 I, Zimmer 4

in dem Eingemeindungsgebiet und dem Landgebiet an die zuständigen Polizeibezirke

zurückzugeben. Eine Anmeldung auf diese Bezugsausweise darf nicht erfolgen.

II. Fleischkarten.

Für Kinder die nach dem 1. Januar 1914, also in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919 geboren sind, darf nur eine Kinderfleischkarte, die zum Bezuge der Hälfte der festgesetzten Wochenkopfmenge berechtigt, abgehoben werden. **Die Innehaltung dieser Bestimmung wird nachgeprüft werden und ist daher genau zu beachten.**

Die den Fleischkarten anhängenden Bestellabschnitte sind innerhalb der auf ihnen angegebenen Zeit (deutlich lesbar ausgefüllt) demjenigen Schlachter einzureichen, bei dem die Fleischwaren entnommen werden sollen. Die Fleischkarte selbst ist ebenfalls dem Vordruck gemäß von dem Inhaber oder dem gesetzlichen Vertreter auszufüllen.

Fleischselbstversorger erhalten ihre Fleischkarten **nur** in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamts, **Königstraße 69** (Fleischabteilung).

III. Brotkartenhefte.

Kinder unter einem Jahre erhalten keine Brotkartenhefte.

IV. Sonderkarten.

Für jede Person wird eine **Sonderkarte zum Bezuge von Lebensmitteln** ausgegeben. Diese Karten sind auf der Vorderseite an der dafür vorgesehenen Stelle mit dem Namen, der Wohnung und der Bezirksnummer des Inhabers zu versehen.

Über die Ausgabe der Lebensmittelkartenhefte, Brotkartenhefte, Fleischkarten und Sonderkarten in Travemünde, Schlutup, Kücknitz-Herrenwyk, Siems-Dänischburg, Moisling und Genin sowie in den Landgemeinden ergeht besondere Bekanntmachung.

Lübeck, den 14. Mai 1919.

2225) **Das Landesversorgungsamt.**

Bekanntmachung.

Die Listen der gemäß § 1 der Feuerlöschordnung vom 16. Februar 1915 **feuerwehrpflichtigen Einwohner** der Stadtteile **Gothmund, Israelsdorf, Krempelsdorf, Siems-Dänischburg** und **Vorwerk** liegen vom 19. Mai bis 2. Juni ds. Js. einschließlich in den Stunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in dem Geschäftszimmer der Feuerwehr, Fleischhauerstraße Nr. 93 zur Einsicht aus.

Lübeck, den 16. Mai 1919. (2221

Das Polizeiamt.

Personen, die einen Einkommensteuerzettel für das Jahr 1919/20 nicht empfangen haben, werden aufgefordert, bis spätestens den 20. Mai d. Js. dem Steueramt, Fleischhauerstraße 20, hiervon schriftlich Anzeige zu machen. Wer die Anzeige unterläßt, kann mit Geldstrafe bis zu Mk. 100.— belegt werden.

In Travemünde, Schlutup, Kücknitz und Dänischburg ist die Anzeige bei den dortigen Geschäftsstellen zu erstatten.

Personen, deren Einkommen im Jahre 1918 weniger als Mk. 1000 betragen hat, sind steuerfrei.

Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, deren Einkommen im Jahre 1918 weniger als Mk. 3000 betragen hat, wird für das Steuerjahr 1919/20 ein Steuerzettel nicht zugehen, so lange sie sich im aktiven Militärdienst befinden.

Lübeck, den 12. Mai 1919. 2243

Die Steuerbehörde.

Ausgabe von amerikanischem Weizenmehl.

In der laufenden Brotwoche werden auf Abschnitt 137 der Warenkarte des Lebensmittelkartenheftes oder der Lebensmittelkarte wahlweise 250 Gramm 94%iges Weizenmehl zum Preise von 18 Pf. oder, soweit der Vorrat reicht, 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 1 20 Mk. ausgegeben. Militärurlauber erhalten auf Abschnitt der Warenkarte des Bezugsausweises für die 6. Woche (19—25. Mai), je nachdem sie für ihre Verpflegung die ganze oder die halbe Wochenmenge zu beanspruchen haben, 250 Gramm oder 125 Gramm von der einen oder anderen Mehlsorte. Binnenschiffer erhalten das Mehl auf die entsprechenden Abschnitte der Lebensmittelkarte oder des Bezugsausweises.

Soweit die Verbraucher amerikanisches Weizenmehl in der laufenden Brotwoche nicht mehr erhalten können, weil die Vorräte bei den Mehlhändlern geräumt sind, behält der Abschnitt 137 der Warenkarte seine Gültigkeit für die folgende Brotwoche.

Für die Abgabe des Mehles und die Einreichung der eingenommenen Abschnitte durch die Mehlhändler gelten die bisherigen Vorschriften. Soweit die Kleinhändler von den Großhändlern in dieser Woche nicht mehr mit amerikanischem Weizenmehl beliefert werden können, gelten die Mehlbezugscheine für die nächste Brotwoche.

Lübeck, den 16. Mai 1919.

2289 **Das Landesversorgungsamt.**

Verordnung

betr. Ermächtigung des Einigungsamtes auf Festsetzung eines angemessenen Miet- und Pachtzinses.

Auf Grund der Bundesratsbekanntmachung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 wird bestimmt:

§ 1.

Das Mieteinigungsamt beim Wohlfahrtsamt setzt auf Anruf eines Mieters oder eines Vermieters einen angemessenen Mietzins einer Mietwohnung für eine bestimmte Zeit nach Anruf fest. In diesem Falle darf der Vermieter keinen höheren Mietzins verlangen oder sich zahlen lassen.

§ 2.

Auf Anruf des Pächters oder Verpächters setzt der landwirtschaftliche Ausschuß den Pachtzins für ländliche Parzellen bis zu 3000 qm Größe auf bestimmte Zeit fest. Die Festsetzung hat die gleiche rechtliche Wirkung wie die des Mietzinses.

§ 3.

Niemand kann auf das Recht, das Einigungsamt und den landwirtschaftlichen Ausschuß anzurufen, gültig verzichten.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden auf Grund der Bundesratsbekanntmachung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Lübeck, den 15. Mai 1919. 2247

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung
Dr. Link.

Land in Israelsdorf.

Aus den Oldenburgschen und Muußschen Ländereien in Israelsdorf sind noch 2 ca. 5000 qm große Parzellen und 1 ca. 3000 qm große Parzelle zu verpachten.

Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 7 a.

Lübeck, den 17. Mai 1919. (2297

Die Finanzbehörde.

Öffentliche Verdingung.

Die **Ausführung der Glaserarbeiten für den Neubau von 50 Kleinwohnungen an der Kerckringstraße** soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

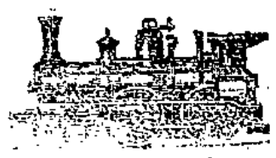
Angebote sind bis zu dem am **Donnerstag, d. 22. Mai 1919 mittags 12 Uhr** im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. (2288

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, den 17. Mai 1919.

Das Bauamt.
Abt. Hochbau.



Vom 19. Mai ab werden die Lübeck-Travemünder Züge 154 ab Lübeck 810 vorm. und 157 ab Travemünde 1155 vorm., wieder befördert. (2219

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft.

Berufsberatungsstelle für Mädchen und Frauen.

Letzte Sprechstunde

Dienstag, den 20. Mai, abends 8—9 Uhr, in der Gewerbekammer, Breite Straße 40, I. (2282

Freitag früh 6 Uhr entschlief sanft und ruhig nach längerem Leiden in ihrem 83. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter (2285

Dorothea Witt
geb. **Bendtfeldt.**

Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
F. A.: Friedr. Müller und Frau Augusta geb. Witt.
Lübeck, Friedenstr. 6.
Bestattung Dienstag. Beginn der Trauerfeier 2¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (2285

Für die Teilnahme und Kranzspenden zu d. Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen herzlichsten Dank. **Ww. Nüß.**

Gesucht ein Mädchen,
das Ostern die Schule verlassen, 1—2 Stunden des morgens.
2272) **Timm,** Johannisstr. 46 III.

Ein junges ordentl. **Mädchen** nach Schwartau gesucht. Guter Lohn gesichert. Näheres
2267) Langer Lohberg 20, II.

Modelltischler-Lehrling

für sofortigen oder baldigen Eintritt suchen (2286

Schetelig & Nölck
Eisengießerei & Maschinenfabr.
Lübeck, Wakenitzstr. 43a.

Gesucht zu sofort ein tüchtiger
Schneidergehilfe. (2262
H. Krey, Friesstr. 3, pt.

Gesucht zum 1. Juli od. spät eine **3- od. 4-Zimmer-Wohng.** mit Gas für ruhige Leute. Ang. mit Preis unter **Sch B** an die Exped. d. Bl. (2286

Zu verkaufen **ein kleiner und ein großer Blockwagen.**
2253) Marlesgrube 56/2.

Guterhaltener Kinderwagen mit Gummi zu verkaufen.
2250) Augustenstr. 1, Hinterh., ptr.

Zu verk. ein fast neues Damen-Fahrrad mit guter Bereifung.
2278) Westhoffstr. 38, II.

Zu verk. ein guterh. **Klappwagen.** Wahmstr. 48 II. (2275

Zu verkaufen
ein kleines Haus
in der Nähe der Drehbrücke. Zu erfragen Georgstr. 28 I oder
2244) Ernststraße 28.

1 Paar fast neue Kinderstiefel, Gr. 32, gegen 30 zu vertauschen.
2276) Stiftenstr. 25.

1 neuer heller Sommerpaletot zu verkaufen. **Chr. Dettmann,**
2248) Velzerstraße 5 I.

Neue Militärstiefel 29 gegen Damenstiefel 40 zu tauschen.
2255) Geverdesstr. 46, pt.

Ein fast neuer **Gehrockanzug** zu vertauschen.
2251) Westhoffstr. 49, pt.

Kinder-Stiefel 30 gegen 28 zu vertauschen. **Gressmann,**
2266) Wakenitzmauer 3 a.

Zu verkaufen gebr. 2schl. Bettstelle m. Gurten-Rahmen o. Matr.
2294) Travelmannstr. 49 pt. hint.

Ein Damenhut und 2 Kinderhüte billig zu verkaufen.
2292) Waisenhofstr. 19 I.

Ein Sommerkleid f. Mädchen, 12—14 J., zu kaufen gesucht. Ang. u. **S. M. 12** a. d. Exped. (2260

Ärztlicher Sonntagsdienst
Dr. Lorenz, Breite Str. 11.
Dr. Siering, Pferdemarkt 15.
Dr. Ad. Christern, Fack. Allee 13.

Chorverein Lübeck.

Die Gesangstunde des Damenchors findet **nicht** am Dienstag, d. 20., **sondern Montag, d. 19. ds. Mts.** im Gewerkschaftshaus statt. (2226) **Der Vorstand.**

Öffentliche Versammlung aller Angestellten im Versicherungsgewerbe

Dienstag, den 20. Mai 1919, 7.30 Uhr abends,
im Restaurant Richter,
Mengstraße 6.

Tagesordnung:
Der Reichstarif.

Das Erscheinen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend geboten. Es handelt sich um Lebensinteressen jedes Einzelnen.

Verband der deutschen Versicherungsbeamten e. V., Ortsgruppe Lübeck.
Verband der Bureauangestellten Deutschlands. (2223

Dem geehrten Publikum von **Schwartau und Umgegend** die ergebene Mitteilung, daß ich das

„Hotel Kronprinz"

Bad Schwartau, Lübecker Straße 68,

von Herrn **Mau** käuflich übernommen habe. Indem ich für gute Speisen und Getränke sorgen werde, bitte ich um geneigtes Wohlwollen und halte gleichzeitig speziell auch den Vereinen meine Lokalitäten bestens empfohlen.
2259) Hochachtungsvoll

Fritz Haase.

Von jetzt ab bleibt mein Geschäft mittags von 1—3 Uhr geschlossen.

G. Schönenberger Nchf.

2280) Inh.: Julius Eisleben.

Braunstrasse 30—32.

Stadttheater Lübeck.

Von gewissen Seiten wird offen und geheim gegen die Leitung des Stadttheaters und gegen die künstlerische Arbeit des Personals gearbeitet. Diesen Kampf, der nicht aus sachlichen, sondern aus persönlichen Beweggründen geführt wird, mißbilligen die unterzeichneten Verbände aufs schärfste. Sie stellen sich einmütig auf die Seite ihres Direktors und werden zu verhindern wissen, daß etwa auch er Treibereien zum Opfer fällt. Sie erwarten, daß alle Theaterfreunde, deren Urteil nicht getrübt ist, der drohenden Gefahr rechtzeitig wirksam begegnen, damit uns allen für die nächste Spielzeit ungestörte künstlerische Arbeit gesichert ist.

Das gesamte Personal des Stadttheaters

vertreten durch die kartellierten Bühnenverbände
Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger.
Deutscher Chorsänger- und Balletterband.
Deutscher Musikerverband.
Verband des technischen Personals. (2256

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herrenwäsche
Krawatten Unterzeuge
Hüte Schirme etc.

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 84
Sohlenschnitt, Bedarfsartikel
Pelz-Gerberei

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal :: **empfehlensw. Geschäfte** :: Zur gefl. Beachtung empfohlen

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868
Nordische Verkehrs-Zentrale
Wohnungsnachweis
Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

Die Biere der
Schloßbrauerei Kiel
werden überall bevorzugt.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Zigarrenhandlungen
Adolf Köhrich Holstenstraße 2, Ecke Schüsselbud.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 113 Telephon 687
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Kriegsgefangenen-Abnahme.

Meldung der bei der Werbezentrale und der Abnahme-Kommission Vorgemerkten

am 21. Mai 1919, vormittags 9 Uhr pünktlich

Marli-Kaserne, vor dem Stabsgebäude.

Militärpapiere, polizeiliche Führungszeugnisse und etwa sonst vorhandene Zeugnisse sind mitzubringen.

Inmarschsetzung der Einzustellenden erfolgt gruppenweise an den folgenden Tagen nach Warnemünde. 2296

Werbezentrale Lübeck.

Ländliche Siedelungs-Gesellschaft

m. b. H. in Lübeck.

Jahres-Versammlung
der Gesellschafter
am Donnerstag, dem 22. Mai
vormittags 11 Uhr
im Bildersaal des Hauses
Königstraße Nr. 5.

Tagesordnung:
Jahresbericht, Abrechnung, Verschiedenes.

2249) Der Vorstand.

Moisling.

Sozialdemokratischer Verein

Mitglieder-Versammlg.
am Montag, dem 19. Mai
abends 8 Uhr
im Kaffeehaus Moisling.

Tagesordnung:
1. Der Parteitag in Weimar und ev. Aufstellung von Kandidaten
2. Innere Parteiangelegenheiten.

Genossinnen und Genossen, erscheint in Massen.

2283) Der Vorstand.

Ordentliche
Generalversammlung
am Sonnabend, dem 24. Mai,
abends 8 Uhr
im Saal d. Schiffergesellschaft,
Eingang Engelsgrube.

Tages-Ordnung:
1. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz, sowie Festsetzung des Gewinnanteils der Genossen.
2. Vertrag mit der Finanzbehörde.
3. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Verschiedenes. (2295

Die Bilanz, sowie die den Gewinn und Verlust des Jahres zusammenstellende Berechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstr. 48b. I., während der Geschäftsstunden zur Einsicht der Genossen ausgelegt.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Vorstand:
Charles Coleman, Vorsitzender.
Julius Hahn, Stellvertreter des Vorsitzenden.
L. Langenheim, Kassenführer.
W. Schumerich, Schriftführer.
J. Körner.

Luisenlust.

Morgen Sonntag:
Tanzmusik.
Anfang 5 Uhr. (2261

Gesellschaftshaus Lindenhof, Israelsdorf. 2228
Modern. Etablissement am Platze.
Heute, Sonntag, den 18. Mai:
Vornehme Ballmusik
Saalöffn. 3½ Uhr Anfang 4 Uhr
Eintritts- u. Ballkarten für Herren 2,— Mk., für Damen 1,— Mk.
Für genüg. Straßenbahn- u. Spätwagenverbind. b. Schluß ist gesorgt
Viktor Klempau.

Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonnabend u. Sonntag
Tanzkränzchen
Anf. 6. Anf. 4 Uhr
2234) L. Stamer.

Sonntags.
Motorbootfahrten nach **Schwartau.**
ab Drehbrücke-Engelsgrube:
2, 3, 4, 5, 6⁴⁵, 7¹⁵
ab Schwartau-Waldfater:
2⁰⁰, 3⁰⁰, 4³⁰, 6¹⁵, 7¹⁵, 8¹⁵
Vermietung von Motorbooten für Vergnügungs-, Vereins- und Frachtfahrten. (2274
J. Schneider, Johannisstr. 43.
Lange-Motorschiffahrt. T. 3444.

Kurhaus Travemünde.

Eröffnung
Sonnabend, den 17. Mai.

Hochachtungsvoll
F. Brügmann.

2258)

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Montag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Anstellung von 2 Arbeitersekretären.
2. Eingänge.
3. Bericht der Gewerkschaftshausbau-Kommission.
4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.

Zu dieser Versammlung sind hiermit auch die Gewerkschaftsvorstände eingeladen.

2246) Die Kartellkommission.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 20. Mai, abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Tagesordnung:
1. Beratung der zum Verbandstag gestellten Anträge.
2. Aufstellung der Kandidaten.
3. Kartellbericht.
4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

2268) Die Ortsverwaltung.

Neu-Lauerhof.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag: (2230
Tanz.
Anf. 7 Uhr. Anf. 4 Uhr. Gr. Orchester Harmonika-Klub

Friedrichshof.

Sonntag, den 18. Mai:
Großer Ball.
Kassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.
2254) Aug. Busch.

Fußballabteilung d. Arbeiter-Turnvereins.
Heute abend
Gr. Ball im Friedrichshof.
Anfang 6 Uhr. (2271) Das Komitee.

Gesellschaftshaus Pockenhof.

Gr. Eröffnungs-Ball
am Sonntag, dem 11. Mai.
Erstklassige Ballmusik.
2218) Anfang 4 Uhr.
Eintritt inkl. Ball für Damen 1 Mk., für Herren 1.50 Mk.
Jeden Donnerstag: Gr. Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr.
Fr. Westfehling.

Hansa-Halle.

Morgen Sonntag: (2270
Grosses Tanzkränzchen.

Central-Hallen.

Jeden Sonntag und Dienstag:
2279) **Gr. Tanz-Kränzchen.** W. Neß.

Kolosseum

Sonntag, den 18. Mai:
Großer Ball.
Anfang 5 Uhr. (2278) Heinrich Ohde.

Israelsdorf. Vergnügungshaus **Erholung.**
H. Dieckelmann. Inh.: W. Pries.
Jeden Sonntag **Tanzkränzchen.** Anf. 4 Uhr.
Donnerstag „ 7 „
2232) Für genügende Bahnverbindung ist gesorgt.

Konzerthaus Fünfhausen

Sonntag, den 18. Mai:
Vornehme Ballmusik. Anfang 4 Uhr.
2233) Jeden Dienstag: Tanzkränzchen. A. W. Neumann.

Adlershorst. Jeden Sonntag u. Donnerstag: **Tanz.** 2231

„Roter Löwe"

Morgen, Sonntag, den 18. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
2217) Anfang 5 Uhr.

H. Möllers 2257
Berg- u. Talbahn
auf dem kleinen Exerzierplatz Fackenburger Allee.
Geöffnet von nachmittags 3 Uhr an.
Amüsant für groß und klein.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Der Besitzer.

Kaffeehaus Moisling.

2224 Sonntag Anf. 4 Uhr. **Tanz.**

Gesellschaftshaus Marli.

Marlistr. 18-18a.
Heute und Sonntag:
Großer Ball
2216) Fr. Plötz.

Genin!
Sonntag, den 18. Mai,
abends 7 Uhr:
Bunter Abend
vom Theater-Verein „Rheingold", Lübeck,
mit nachfolgendem **Tanz.**
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellg.
Es ladet freundlichst ein (2268
E. Harfst, „Geniner Baum".

Beckerkrug

Beckergrube 57. Fernruf 1048.
Täglich humorist. Konzert-Vorträge. Alles ist lustig und amüsiert sich.
2287) Bfr. H. Möller.

Konzerthaus 2269
Zauberflöte.
Damen-Trompeter-Korps
Holstein.
Anfang 5 Uhr. J. Fölsch.

Bierpalast

Beckergrube 44.
Die lustigen Spree-Athener. 2281
Eintritt frei. Eintritt frei.

Nur kurzes Gastspiel
Lübeck,
Kleiner Exerzierplatz
Fackenburger Allee
Heute, Sonnabend,
den 17. Mai,
abends 7½ Uhr:
Eröffnung
Zirkus Hermann Althoff
mit einem Riesenspielplan, wie er herrlicher und schöner hier noch nie gezeigt wurde.

Sonntag, den 18. Mai:
2 brillante Vorstellungen 2
nachmittags 4 Uhr:
Extra-Familien-Vorstellung
mit dem ungekürzten Abendspielplan.
Zu dieser Nachmittags-Vorstellung zahlen Kinder unter 12 Jahren halbe Preise.

Abends 7½ Uhr,
sowie täglich
abends 7½ Uhr:
Das wunderbare Programm. (2245

Karten-Vorverkauf:
Zigarrenhaus
Hinrich Buse, Breite Str. 55,
und Zirkuskasse.

Täglich vormittags
von 10—12½ Uhr
(außer Sonntags)
öffentliche Probe.

HANSA THEATER

Sonntag, abends 7.15 Uhr:
Auf Anregung der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten":
Die Schiffbrüchigen.
Theaterstück von Brieux.
Vorzugskarten gültig.
Kinder unter 15 Jahren keinen Zutritt. (2220
Montag: Die Schiffbrüchigen.
Dienstag: Schuldig.